

Un seul monde Un solo mondo Eine Welt



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direzione dello sviluppo
e della cooperazione DSC

NR. 3 / SEPTEMBER 2014
DAS DEZA-MAGAZIN
FÜR ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT
www.deza.admin.ch



Klimawandel

Alle trifft, die Armen stärker

**Kambodscha: Fehlende Rechte
treiben Menschen auf die
Strasse**

**Naturkatastrophen: Weltweit
gefragtes Risikomanagement**

Inhalt

DOSSIER



8 KLIMAWANDEL Höhere Temperaturen verlangsamen die Entwicklung

Der Klimawandel trifft Entwicklungsländer stärker als reiche und droht, die Bemühungen zur Armutsreduktion zunichte zu machen

12 Eine Frage des Willens, nicht der Ressourcen

Christiana Figueres, Generalsekretärin der UNO-Klimarahmenkonvention, im Interview

14 Weltweit gefragtes Klimawissen

Die DEZA unterstützt mit ihrem Globalprogramm Klimawandel den Austausch von Wissen

17 Wird es regnen? Wenn ja, wieviel?

Mal zu viel, mal zu wenig Regen – der Klimawandel bringt den Wasserkreislauf durcheinander

19 Facts & Figures

HORIZONTE



20 Ohne Rechte bleibt nur die Strasse

In Kambodscha leidet die Bevölkerung unter fehlenden rechtsstaatlichen Strukturen

23 Aus dem Alltag von ...

Rahel Bösch, Leiterin des DEZA-Programmbüros in Phnom Penh

24 Warum ich mich engagiere

Sopheap Ros über ihren Kampf für gleiche Rechte für Mann und Frau

DEZA



25 Rollendes Tribunal

In einer der gefährlichsten Provinzen Pakistans ist ein mobiles Gericht in einem Bus unterwegs und bringt den Richter ins Dorf

FORUM



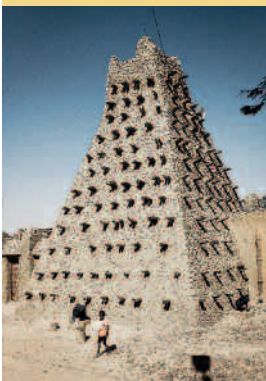
28 Katastrophen verbinden Völker

Risikomanagement wird immer wichtiger und wird weltweit ausgetauscht – eine Reportage aus dem Wallis

31 Der Schleierkrautsturm

Carte blanche: Die Mongolin Gangaamaa Purevdorj Delgerinkhen über die Gewinnung von Kaschmirwolle

KULTUR



32 Die Symbolkraft von Timbuktu

Mit internationaler Hilfe soll das Unesco-Weltkulturerbe wiederaufgebaut und gesichert werden

- 3 Editorial
- 6 Periskop
- 27 Einblick DEZA
- 34 Service
- 35 Fernsucht mit Didier Ruef
- 35 Impressum

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen; deshalb geben nicht alle Beiträge unbedingt den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.

Editorial



«Man ist kein Realist, indem man keine Ideen hat»

Der Satz «*Man ist kein Realist, indem man keine Ideen hat*» stammt von Max Frisch, dem Schriftsteller aus meiner Heimatstadt Zürich. Man ist aber auch kein Visionär, indem man den Realitätsbezug verliert. Als Direktor der DEZA habe ich versucht, mich an diese Maxime zu halten: Ideen entwickeln und auf ihre Umsetzbarkeit achten. Darauf möchte ich am Schluss meiner sechsjährigen Amtszeit zurückblicken. Nicht in Form eines Rechenschaftsberichts, sondern mit einigen Gedanken, Erinnerungen und einem Ausblick in die Zukunft.

Armut, Fragilität und neue weltweite Risiken standen im Mittelpunkt meiner Zeit als Direktor der DEZA. Als ich 2008 meine Arbeit begann, waren die Millennium-Entwicklungsziele in der Halbzeit ihrer Umsetzung: Die Zahl der Armen war spürbar kleiner geworden, die Fortschritte waren aber sehr ungleich. Wo Konflikt und Spannungen bestehen, sind immer auch Not und Armut geblieben.

Fragilität

Die Arbeit *in* der Fragilität und *an* der Fragilität hat in den vergangenen Jahren stets an Bedeutung gewonnen: im konkreten Handeln, im Entwerfen von Politiken und im Austausch auf internationaler Ebene. Die Schweiz hat eine aktive Rolle gespielt. Wenige andere Entwicklungsagenturen sind so stark mit der Bevölkerung vor Ort verbunden wie wir, und wenige bleiben so lange vor Ort, selbst wenn es schwierig wird. Die Neutralität der Schweiz, ihre humanitäre Glaubwürdigkeit, öffnet auch in fast ausweglosen Situationen Handlungsspielräume, wenn wir das Richtige tun.

Auf den Konflikt in Syrien hat die DEZA rasch reagiert und seit Beginn 2011 für mehr als 85 Millionen Franken

Hilfe an Opfer geleistet. Diese Hilfe und der Einsatz für das humanitäre Völkerrecht sind wichtig, auch wenn der Schlüssel zur Lösung des Konflikts auf politischer Ebene liegt. Unter enormem Druck bauten wir ab 2011 Programme in Ägypten, Tunesien und Libyen auf. Die Umwälzungen in Nordafrika hatten tiefe Auswirkungen auch in Afrika südlich der Sahara. Weitgehend unbemerkt richteten wir diese Programme neu aus, machten sie robuster. Ich bin überzeugt, dass unser Engagement für Menschen in schwierigsten Verhältnissen in Zukunft noch wichtiger wird – am Horn von Afrika, in Afghanistan, im Südsudan und anderswo. Aber auch in Fällen von Naturkatastrophen wie in Haiti, Pakistan oder kürzlich auf den Philippinen.

Globale Herausforderungen

In den Jahren nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 sind Herausforderungen wichtiger geworden, die mit der Nachhaltigkeit und der Begrenztheit der Ressourcen auf unserem Planeten zu tun haben: Zugang zu Wasser, Rohstoffen und Energie, Klimawandel, Ernährungssicherheit, Migrationsbewegungen oder globale Gesundheitsfragen. Sie haben eine grosse Auswirkung auf die weltweite Armut.

Herkömmliche Modelle der Kapazitätsbildung vor Ort sind nur begrenzt in der Lage, solche Probleme dauerhaft zu bewältigen. Die Nord-Süd-Logik versagt. Ab 2009 sind aus diesen Überlegungen die Globalprogramme der DEZA entstanden. Sie verknüpfen praktische Erfahrungen mit Politikgestaltung und erzielen mit verhältnismässig geringen finanziellen Mitteln ihre Wirkung. Globalprogramme setzen dort an, wo die grösste Hebelwirkung erzielt wird und nicht unbedingt in den ärmsten Ländern, auch wenn die positive Wirkung für



Haiti 2010

arme Länder und Bevölkerungsschichten das Ziel bleibt. Die Globalprogramme sind die grösste Innovation der DEZA der vergangenen Jahre. Ich bin sicher, dass ihre Arbeitsansätze ein grosses Potenzial für die Zukunft haben.

Europa und die Ostzusammenarbeit

Die Schweiz hat seit zwei Jahrzehnten den Umbau der osteuropäischen Länder zu Demokratien, zur Rechtsstaatlichkeit, Beachtung der Menschenrechte und zu Marktwirtschaften unterstützt. Trotz gelegentlicher Rückschläge sind die Verbesserungen offensichtlich. Zu Beginn meiner Amtszeit als DEZA-Direktor fing gemeinsam mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) die Umsetzung des Erweiterungsbeitrags für die neuen Mitglieder der EU an. Als Teil der schweizerischen Europapolitik stand der Erweiterungsbeitrag häufig im Brennpunkt innenpolitischer Auseinandersetzungen.

Neue Strategie

Um die neuen inhaltlichen Schwerpunkte zu verwirklichen, waren Änderungen in den Arbeitsweisen und an Konzepten notwendig. Die Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2013-2016 hat sie aufgenommen. Sie ist ein Markstein in der Geschichte der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit, Ostzusammenarbeit und humanitären Hilfe. Nicht nur wegen des Inhalts, sondern auch weil erstmals sämtliche Tätigkeiten von DEZA und SECO in einem einzigen Rahmen stehen. Erarbeitet wurde die Strategie in einer breiten Konsultation weit über die Bundesverwaltung hinaus.

Die Reorganisation der Jahre 2008-2012 hat die Neuausrichtung vorbereitet und ermöglicht. Manche glaubten damals, dass die Reorganisation zuerst kam und die

inhaltliche Neuausrichtung später. Das ist ein Irrtum, eine Verwechslung der zeitlichen mit der logischen Abfolge. Von Beginn an hat sich die Reorganisation an der inhaltlichen Neuausrichtung orientiert. Sie schuf die institutionellen Voraussetzungen für die Globalprogramme, für das bessere Zusammenführen der multilateralen und bilateralen Tätigkeit, für eine neue Organisation des Wissens, und sie hat sämtliche Programme und Projekte einer Überprüfung unterzogen. Bewirkt wurde auch eine engere Zusammenarbeit im EDA und in der Bundesverwaltung. Die Reorganisation hat nicht nur Strukturen verändert, sie hat auch umfangreiche neue Arbeitsinstrumente geschaffen, deren volle Tragweite und Nutzen wohl erst in Zukunft ersichtlich werden. Diese Neuerungen waren ein Anliegen des Parlaments und von Teilen der Öffentlichkeit. Es ist mit den Jahren gelungen, das Vertrauen in die Entwicklungszusammenarbeit zu stärken und zu zeigen, dass die Schweiz stolz darauf sein kann, was sie weltweit im Kampf gegen Not und Armut leistet. Diesen Zweck verfolgten vor allem auch die Diskussionen über die Swissness der Jahre 2009 und 2010.

Das Parlament hat die Anstrengung anerkannt und den Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen bis 2015 auf 0,5 Prozent erhöht. Dies ist eine einmalige Steigerung in der Geschichte der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit.

Einer neuen Entwicklungsagenda entgegen

Die internationale Zusammenarbeit steht heute an einer ähnlichen Schwelle wie um die Jahrtausendwende. Die Geografie der Armut verändert sich. Die meisten Armen leben in Städten – und in Ländern mit mittleren Einkommen. Weltweite Herausforderungen werden in der globalisierten Welt wichtiger. Das alte Rahmenwerk der Millennium-Entwicklungsziele geht nächstes Jahr zu Ende. Früh und aktiv haben wir uns für eine neue inter-

«Die Geografie der Armut verändert sich. Die meisten Armen leben in Städten – und in Ländern mit mittlerem Einkommen.»

nationale Entwicklungsagenda im Rahmen der UNO eingesetzt, die sämtliche drei Säulen der Nachhaltigkeit umfasst: die wirtschaftliche, die soziale und die ökologische. Gefordert sind klare, messbare Ziele. Notwendig sind auch Änderungen im Verhalten der Länder des Nordens und nicht nur im Süden. Diese neue internationale Entwicklungsagenda wird auch die zukünftige

Arbeit der DEZA beeinflussen. Während der vergangenen Jahre hat sich die DEZA gut auf die Zukunft vorbereitet. Das ist auch im guten Länderexamen der OECD nachzulesen, das Anfang 2014 veröffentlicht worden ist.

Persönliche Erinnerung

Persönlich waren für mich die vergangenen sechs Jahre spannend und voller grossartiger Begegnungen. Allerdings auch etwas atemlos. Mit Kolleginnen und Kollegen bei Leuten zu sein, für deren Zukunft wir täglich arbeiten, ist für mich die wichtigste Erinnerung. Mit dreckigen Gummistiefeln an Wasserreservoirs in Moldawien; durchgeschüttelt auf der Ladefläche von Pickup-Trucks im Hindukusch; verschwitzt und durstig im Ödland am Horn von Afrika; am Lagerfeuer in den Jurten mongolischer Viehzüchter; in den Slums lateinamerikanischer Grossstädte beim Anhören unglaublicher Lebensgeschichten; in den Trümmern und Schuttkegeln nach dem Erdbeben in Haiti; im angeregten Gespräch mit jungen Forschern in Osteuropa; mit dem Rucksack über den steil abfallenden Reisfeldern Nepals oder unter Baobab-Bäumen im fröhlichen Gelächter afrikanischer Kinder – das alles ist spannender und hinterlässt bleibendere Eindrücke als Gespräche mit



Philippe Roy/hemis.fr/afar

Burkina Faso 2013



Justin Vella/Aurore/afar

Nepal 2009

Ministern, Auftritte vor der UNO-Generalversammlung oder die Beschäftigung mit Papieren an der Zentrale in Bern.

Dank

Ich bin vielen zu tiefem Dank verpflichtet. Danken möchte ich den Kolleginnen und Kollegen für ihr grossartiges Engagement und die Freundschaft. Ich danke den beiden Departementsvorstehern, die mir meine

Arbeit ermöglichen und mir das Vertrauen geschenkt haben. Ich danke allen Partnerinstitutionen, den Hilfswerken, den Nichtregierungsorganisationen und den vielen Personen, denen ich begegnen durfte. Die Liste ist lang.

Auf meinem neuen Posten als Schweizer Botschafter in Washington werde ich die DEZA nicht aus den Augen verlieren. Humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Ostzusammenarbeit sind wichtige Teile der schweizerischen Aussenpolitik. Wir haben das Glück und die Chance, dass sich die umfassenden Ziele der schweizerischen Aussenpolitik mit den Zielen der DEZA decken, nämlich Not und Armut zu überwinden, für Frieden und Menschenrechte einzustehen, Demokratie zu fördern. Das ist keine technische Aufgabe, keine Verwaltungsaufgabe. Im Zentrum stehen Menschen. Unsere Aufgabe ist und bleibt es, sie zu befähigen, ihre Zukunft selber in die Hand zu nehmen. Dazu braucht es kulturelles Verständnis, politische Versiertheit und immer wieder auch Mut und die Fähigkeit, Kritik zu ertragen.

Ideen entwickeln und auf ihre Umsetzbarkeit achten – damit gestalten wir auch unsere eigene Zukunft.

Martin Dahinden
Direktor der DEZA

Periskop



Maurice Ascanti/UNFPA

Schule für Ehemänner

(jls) Niger weist eine der weltweit höchsten Müttersterblichkeitsraten aus – alle zwei Stunden stirbt eine Frau beim Gebären. Dieses Massensterben ist vorab den Männern zuzuschreiben, die ihren Frauen den Besuch von Gesundheitszentren verbieten. Zusammen mit den nigrischen Behörden hat nun der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen ein Sensibilisierungsprogramm lanciert: Seit 2007 wurden 610 Ehemänner-Schulen errichtet, welche von über 6000 Männern besucht werden, die zur gesellschaftlichen Entwicklung beitragen wollen. Zweimal pro Monat besuchen sie Kurse zu verschiedenen Aspekten der Reproduktionsgesundheit. Das erworbene Wissen geben sie in ihrem Quartier oder Dorf weiter, erklären anderen Männern, wie wichtig die medizinische Betreuung während Schwangerschaft und Geburt ist, und sensibilisieren sie für Empfängnisverhütung und Aids-Prävention. Die Initiative zeigt erfreuliche Resultate: Immer mehr Frauen nehmen die Gesundheitszentren und Familienplanungsstellen in Anspruch – der Anteil betreuter Geburten steigt. www.unfpa.org

Gentech-Moskitos

(gn) Brasilien bewilligt als erstes Land den kommerziellen Einsatz gentechnisch veränderter Moskitos zur Dengue-Bekämpfung. Die Viruserkrankung wird vor allem von der Ägyptischen Tigermücke übertragen und ist weltweit im Vormarsch. Bis heute gibt es aber weder Medikamente noch Impfungen dagegen. Mit der Zucht gentechnisch veränderter Moskitomännchen bietet die britische Firma Oxitec nun einen innovativen Lösungsansatz, wie das Magazin «New Scientist» berichtet. So bewirkte ein Feld-

versuch in Brasilien, dass die Moskitopopulation um 79 Prozent zurückging, weil die millionenfach ausgesetzten Gentech-Männchen die Weibchen zwar begatteten, deren Nachwuchs aber nicht überlebensfähig war. Angesichts der kurzen Reproduktionszeit von Moskitos zweifelt Mohamed Habib von der Universität Campinas in Sao Paulo allerdings an der Nachhaltigkeit der Populationskontrolle. Zahlreiche Forscher kritisieren auch, dass die langfristigen Auswirkungen der Freisetzung von Gentech-Moskitos kaum erforscht seien.

Klima treibt Malaria in die Höhe

(bf) Höhere Temperaturen führen dazu, dass sich Malaria in höheren Lagen ausbreitet, wie Wissenschaftler der University of Michigan herausgefunden haben. Bislang boten Bergregionen Schutz vor der gefährlichen Tropenkrankheit. Der Erreger und die Moskitos, die ihn übertragen, haben mit der kühleren Luft zu kämpfen. Nun jedoch breitet sich die Krankheit auch in Berggebieten aus. Davon betroffen ist insbesondere Äthiopien, wo fast die Hälfte der Bevölkerung in bislang malariafreien Regionen auf einer Höhe zwischen 1600 und 2400 Metern lebt. «Unsere Schätzungen weisen darauf hin, dass ein Temperaturanstieg von einem Grad zu jährlich zusätzlichen drei Millionen Erkrankungen vor dem 15. Lebensjahr führen kann», sagt Forschungsleiterin Mercedes Pascual. Laut neusten Zahlen der Weltgesundheitsorganisation WHO sind 2012 rund 307 Millionen Menschen an Malaria erkrankt, rund 627 000 Menschen daran gestorben, die meisten unter ihnen sind Kleinkinder in Afrika.

www.umich.edu (Malaria)

Globalisierung trennt Arm und Reich

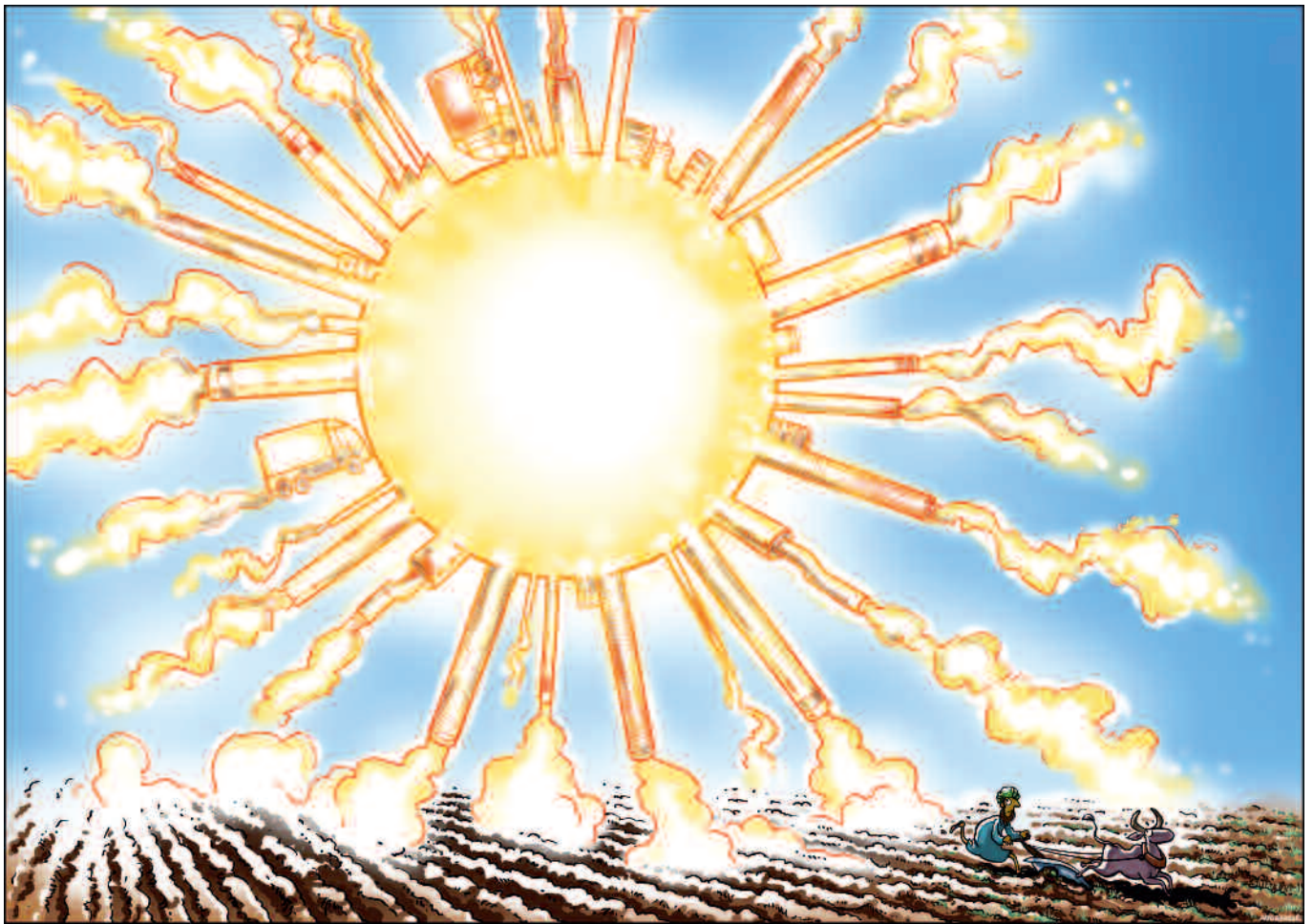
(bf) Die Globalisierung hat während der vergangenen zwei Jahrzehnte vor allem den Wohlstand in den Industrienationen vermehrt. Schwellen- und Entwicklungsländer hingegen profitierten vergleichsweise wenig. Dies ist das Ergebnis einer Studie zu den Effekten der Globalisierung, welche im Auftrag der deutschen Bertelsmann Stiftung in 42 Staaten durchgeführt worden ist. Demnach führte das Zusammenwachsen der Welt bislang nicht dazu, dass sich der Wohlstand zwischen Arm und Reich angenähert hat. Während durch Globalisierungseffekte das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in den Top-20 Industrieländern durchschnittlich um rund 1000 Euro jährlich stieg, wuchs es in Entwicklungs- und Schwellenländern um weniger als 100 Euro je Einwohner. Zwar bewirkte die Globalisierung grundsätzlich in allen untersuchten Ländern ein höheres Wachstum, die absoluten Zuwächse je Einwohner waren aber in den grossen Schwellenländern Südafrika, Brasilien, Russland, Mexiko, China und Indien am geringsten. www.bertelsmann-stiftung.de (Globalisierung)

Boomendes Crowdfunding

(gn) Auf Hunderten von Internet-Plattformen buhlen Menschen rund um den Erdball um die Finanzierung von Projekten und die Erfüllung ihrer Träume: Crowdfunding boomt. Für die Entwicklungszusammenarbeit eröffnet das internetbasierte Fundraising neue Perspektiven. «Crowdfunding ist ein ausgezeichnetes Werkzeug, um auf Probleme in Entwicklungs- und Schwellenländern hinzuweisen», sagt Dave Balzer, der via Internet 10 000 Euro für die Herstellung und den



Jiro Ose/Redux/laif



Vertrieb von Taschen aus indischer Biobaumwolle beschaffte. Eine Studie der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) weist auf weitere Vorteile hin: Finanzielle Unterstützung fänden nur solche Projekte, die von den Internet-Usern als wichtig und sinnvoll erachtet würden, zudem lieferten diese oft auch neue Ideen. Die Studie verdeutlicht aber auch, dass Crowdfunding kein Selbstläufer ist: Der Aufwand für die Projektpräsentation auf einer Plattform ist beachtlich. Voraussetzung ist zudem ein Zugang zum Internet, was gerade in Ländern des Südens längst nicht überall gewährleistet ist.

<http://10innovations.alumni-portal.com/>

Vom Eindringling zum Brikett

(jls) Der Diama-Damm im Delta des Flusses Senegal soll das Salzwasser daran hindern zurückzufließen. Gleichzeitig breitet sich jedoch seit dessen Bau Rohrkolbenschilf übermäßig aus. Bereits bedeckt es 50 000 Hektaren Land für Ackerbau und Fischzucht und wirkt sich hinderlich auf Landwirtschaft, Fischerei und Umwelt aus. Um den Eindringling zu bekämpfen, hat die Technische Hochschule Iset in Rosso, Mauretanien, ein handwerkliches Verfahren zur Verkohlung des Schilfs entwickelt: Zuerst wird es gemäht, dann getrocknet, verkohlt und zu Briketts verdichtet, die an der Sonne getrocknet werden. Zusammen mit der französischen Entwick-

lungsorganisation Gret entwickelte das Institut Pilotproduktionen in drei Dörfern im Südwesten Mauretaniens. Die Verwertung des Schilfs hat mehrere Vorteile: Das Mähen erleichtert den Fischern den Zugang zum Wasser, Herstellung und Verkauf der Briketts

schaffen Arbeit und Einkommen vor Ort und schliesslich ersetzt der erneuerbare Brennstoff Holzkohle, was wiederum die Entwaldung bremst.

www.iset.mr



Gret

Höhere Temperaturen verlangsamen die Entwicklung

Der Klimawandel trifft arme Bevölkerungen ungleich stärker als reiche und droht, die Bemühungen zur Armutsreduktion zu nichte zu machen. Die Länder des Südens brauchen substanzielle Hilfe, um sich an die negativen Folgen anzupassen und gleichzeitig die Entwicklung mit einem möglichst geringen Treibhausgasausstoss voranzutreiben. Von Jane-Lise Schneeberger.



DOSSIER

Grossstädte wie Kairo heizen mit ihrem überproportional hohen Treibhausgasausstoss den weltweiten Temperaturanstieg weit mehr an als ländliche Gebiete.

Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre ist höher denn je. Bereits hat sie zu einem Temperaturanstieg von 0,9 Grad seit Beginn des Industriezeitalters geführt, was beträchtliche Klimastörungen nach sich zieht. Die Klimatologen schlagen Alarm: Übersteigt der Anstieg 2 Grad, sind weitläufige Nahrungsmittelknappheit, aber auch nie dagewesene Hitzewellen und noch intensivere und häufigere meteorologische Extremphänomene zu erwarten. «Leider weisen die Ten-

denzen darauf hin, dass wir es nicht schaffen werden, unterhalb dieser Limite zu bleiben. Wir bewegen uns in Richtung einer Erwärmung um vier oder fünf Grad bis Ende Jahrhundert. Uns bleibt nichts anderes übrig, als uns anzupassen, aber das wird immer schwieriger», befürchtet Anton Hilber, Mitverantwortlicher für das Globalprogramm Klimawandel (GPCC) der DEZA.

Die Auswirkungen der Erwärmung sind weltweit spürbar, Entwicklungsländer jedoch leiden stärker

darunter als andere. Bei fehlenden Mitteln kann sich eine arme Bevölkerung nicht auf Trockenheit, Überschwemmungen, Taifune und andere Klimakatastrophen vorbereiten – und erholt sich danach nur sehr langsam.

Bedrohte Lebensmittelsicherheit

Extreme Ereignisse ziehen riesige Verluste nicht nur von Menschenleben nach sich, sondern auch von Vieh, Infrastrukturen und landwirtschaftlich nutzbaren Flächen. Sie haben inzwischen bereits zur vorläufigen oder definitiven Umsiedlung von

Bauern werden ihre einzige Einkommensquelle verlieren», unterstreicht Yuka Greiler vom GPC. Ein Beispiel dafür ist der Arabica-Kaffee, der sehr wärmeempfindlich ist und bis 2080 vollständig verschwinden könnte. In Äthiopiens Bergregionen leben über 700 000 Familien vom Arabica-Anbau. Zudem lässt die Klimaerwärmung auch bei Weizen und Mais die Erträge sinken. Steigen aufgrund der Knappheit die Preise, werden diese Grundnahrungsmittel für arme Familien unerschwinglich.

Betroffen ist auch die Fauna; bestimmte Arten



In Äthiopien leben über 700 000 Familien vom Anbau des Arabica-Kaffees, der durch die Erderwärmung bald vollständig verschwinden könnte.

Millionen Menschen geführt. Benachteiligte Bevölkerungsgruppen sind auch deshalb besonders verletzlich, weil sie in der Regel von Landwirtschaft, Viehzucht, Fischerei oder Forstwirtschaft leben – also von natürlichen Ressourcen abhängen, die den Launen des Klimas unmittelbar ausgesetzt sind.

«Zahlreiche Pflanzenarten werden die jetzigen Veränderungen nicht überleben. Man wird künftig nicht mehr dieselben Sorten anbauen. Viele

werden sogar verschwinden. Fische können zwar problemlos ausweichen und verlassen die zu warm gewordenen tropischen Meere in Richtung der Pole. Das hat aber zur Folge, dass man in den Tropen bis 2050 40 Prozent weniger Fisch fangen wird.

Neue Entwicklungsdimension

All diese Phänomene gefährden die Ernährungssicherheit und drohen die zur Beseitigung der Ar-

Überflutete Inseln

Der Meeresspiegel ist seit Beginn der Industrialisierung bereits um 20 cm gestiegen. Bis Ende des Jahrhunderts könnten zwischen 29 und 82 cm dazukommen. Das Wasser hat landwirtschaftlich genutztes Land und Dörfer an den Küsten überschwemmt und die Bevölkerung zum Wegziehen gezwungen. Flache Inseln verlieren nach und nach einen Teil ihrer Küste, manche werden komplett überflutet. Rund 40 Inselstaaten haben ein Bündnis geschlossen, um in internationalen Verhandlungen mit einer Stimme zu sprechen. Sie fordern die Errichtung eines Entschädigungsmechanismus für die Verluste und Schäden, die trotz allen Anpassungsmassnahmen entstehen. Der Anstieg des Meeresspiegels bedroht auch küstennahe Metropolen, in denen in den nächsten Jahrzehnten beträchtliche Schäden auftreten könnten.



Während für die Kohleproduktion (oben Mali) oft wertvoller Wald abgeholzt wird, werden weltweit (unten Kenya) neue, klimaresistentere Gemüsesorten entwickelt.

mut eingeleiteten Schritte zunichte zu machen. «Der Klimawandel macht die Entwicklungszusammenarbeit viel komplexer und teurer. Damit müssen sich schon heute alle Akteure auseinandersetzen. Wir sind gezwungen, unsere Ansätze, unsere Praxis und die Planung unserer Projekte zu überdenken», unterstreicht Marianne Fay, Chefökonomin für nachhaltige Entwicklung bei der Weltbank.

Künftig müssen Geber die neue Dimension systematisch in die Entwicklungsaktivitäten einbeziehen, um sicherzugehen, dass ihre Projekte die Verletzlichkeit der Bevölkerung nicht erhöhen oder die Situation verschlimmern: Der Wiederaufbau einer – durch Erdbeben oder Überschwemmung – weggerissenen Straße kann durchaus dazu führen, dass sich ausgerechnet in einem risikoreichen Gebiet zusätzliche Bewohner niederlassen. In den Küstenregionen wird man bei der Planung neuer Infrastrukturen oder bei der Stadtentwicklung zwingend den Anstieg des Meeresspiegels berücksichtigen müssen.

Auf Prävention setzen

Die Entwicklungszusammenarbeit muss sich vermehrt mit dem Umgang von Klimarisiken befassen. «Zurzeit finanzieren die Geber tendenziell vor allem humanitäre Hilfe nach Katastrophen. Eigentlich müssten sie stärker in die Prävention investieren», wünscht Marianne Fay. Das heißt, von der Installation von Frühwarnsystemen bis zum Bau verschiedener Infrastrukturen: Talsperren, Dämme, sturmsichere Unterstände, Bewässerungsk

kanäle oder Drainagesysteme. In Küstenländern wie Bangladesch, die Überschwemmungen und Stürmen besonders stark ausgesetzt sind, trägt die Aufforstung von Mangrovenwäldern zum Schutz der Küste bei.

Gefordert ist auch die Wissenschaft bezüglich begleitender Massnahmen für die sich verändernde Landwirtschaft. Die 15 CGIAR-Forschungsinstitute arbeiten seit langem an den Problemen des Südens. Das weltweite, von der DEZA mitfinanzierte Netzwerk entwickelt Getreide- oder Gemüsesorten, die resistent sind gegen Trockenheit, Hitze oder andere Formen von Klimastress. Die Wissensvermittlung bis zu den Bauern ist allerdings nicht selbstverständlich, weil die Entwicklungsländer nicht immer über genügend effiziente landwirtschaftliche Beratungsstellen verfügen.

Ein weiteres Handicap sind schwache Behörden, wenn es um die Umsetzung nationaler Anpassungspläne geht. «Die Reaktion auf den Klimawandel zu planen, ist eine sehr komplexe Aufgabe», sagt Yuka Greiler. «Dafür braucht es meteorologische Datenbanken, Experten und ein weit entwickeltes Behördensystem, alles Elemente, die

Klimarisiken versichern

Werden Kleinbauern Opfer von Überschwemmungen, Dürren oder Hitzewellen, sind sie oft völlig allein gelassen. Die wenigsten haben genügend Mittel, um sich gegen solche Risiken zu versichern. Seit rund einem Jahrzehnt unterstützt die internationale Entwicklungszusammenarbeit den Aufbau von Mikroversicherungen klimabedingter Risiken. Die innovativen Mechanismen stützen sich auf Regen- oder Temperaturmesswerte und nicht auf die Einschätzung individueller Verluste, sind also kostengünstiger als klassische Versicherungen. Die DEZA ist Teil einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft, die zurzeit für sieben asiatische Länder ein solches System kreiert. Ab 2016 können sich rund 5 Millionen Reisbauern gegen Ernteverluste aufgrund von Klimakatastrophen versichern.





Francis Guizou/nemis/afp

In Küstenländern wie Bangladesch bieten Mangrovenwälder und deren Aufforstung einen effizienten Schutz gegen Klimarisiken wie Überschwemmungen oder Stürme.

in Entwicklungsländern häufig fehlen.» Die internationale Entwicklungszusammenarbeit bietet technische und finanzielle Hilfe zur Formulierung und Umsetzung solcher Strategien.

Ziel: kohlenstoffarme Wirtschaft

Sich einzig an die Folgen des Klimawandels anzupassen, genügt jedoch nicht. Parallel dazu müssen auch die Ursachen bekämpft werden. Denn die Industrieländer sind nicht allein für den Treibhausgasausstoss verantwortlich. Schwellenländer wie China und Indien erhöhen ihre Emissionen mit hoher Kadenz. «Auch die Entwicklungsländer streben nach Wohlstand. Dafür orientieren sie sich am einzigen zurzeit bekannten Wachstumsmodell, das auf dem unbegrenzten Konsum fossiler Energieträger beruht. Wir müssen ihnen helfen, sich zu einer kohlenstoffärmeren Wirtschaft zu entwickeln und nicht dieselben Fehler zu begehen wie wir», sagt Anton Hilber. Zahlreiche Geberländer unterstützen diese Energiewende.

Besonders aktiv in diesem Bereich ist die vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) umgesetzte wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz. Sie sucht nach Entwicklungsmöglichkeiten, die den Treibhausgasausstoss reduzieren und zugleich die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessern. Das Hauptaugenmerk liegt auf verbesserter Energieeffizienz, Förderung erneuerbarer Energieformen und Ausarbeitung innovativer Finanzierungsmechanismen.

Grosse Finanzierungslücke

Die für Klimaprojekte in Entwicklungsländern verfügbaren Mittel liegen weit hinter den Bedürfnissen zurück. Nach Schätzungen der Weltbank kostet die Anpassung bis 2050 100 Milliarden Dollar jährlich. Die Energiewende erfordert Erstinvestitionen von 500 Milliarden pro Jahr. «Diese Grössenordnungen können je nach Klimaentwicklung ändern», präzisiert Marianne Fay. «Je mehr wir in die Begrenzung des Klimawandels investieren, desto weniger müssen wir für die Anpassung ausgeben.»

Ein grosser Teil des nötigen Kapitals kommt aus dem Privatsektor. «Die Entwicklungszusammenarbeit vermag die Energiewende nicht alleine zu finanzieren. Aber eine intelligente Verwendung öffentlicher Gelder kann Privatinvestitionen anziehen», unterstreicht Anton Hilber. Die Industrieländer haben sich zur Bereitstellung von 100 Milliarden Dollar pro Jahr ab 2020 verpflichtet, um Klimamassnahmen in den Entwicklungsländern zu finanzieren. Mit der Verwaltung dieser enormen Summe beauftragt wird der Green Climate Fund. Kommen die Mittel tatsächlich zustande, sollen sie die gegenwärtigen Bestrebungen vervielfachen. ■

(Aus dem Französischen)

Bedrohte Weichtiere und Korallen

Die Weltmeere absorbieren ein Viertel des vom Menschen in die Atmosphäre abgegebenen Kohlendioxids. Diese Lagerung des Gases bremst die Erderwärmung, erhöht aber den Säuregehalt des Wassers. Dieser ist bereits um 30 Prozent gestiegen und könnte sich bis 2050 verdreifachen, wenn weiterhin gleich viel CO₂ ausgestossen wird. Jenseits einer bestimmten Schwelle wirkt das Meerwasser auf Lebewesen mit Schale, Skelett oder kalkiger Struktur zerstörend, so etwa bei Weichtieren (Muscheln, Austern usw.), Krebsen, aber auch Korallen. Das immer saurere und wärmere Wasser bleicht sie aus, bis sie schliesslich aussterben. Ein Fünftel der Korallenriffe ist bereits verschwunden. Dabei bilden diese Ökosysteme den Lebensraum zahlreicher Fischarten, schützen die Küsten und generieren hohe Tourismuseinnahmen.

Eine Frage des Willens, nicht der Ressourcen

Die bislang getroffenen Massnahmen zur CO₂-Reduktion sind ungenügend. Christiana Figueres, Generalsekretärin der UNO-Klimarahmenkonvention UNFCCC, ruft zu einer weltweiten Mobilisation auf: Für sie ist dies die einzige Möglichkeit, einen katastrophalen Temperaturanstieg zu vermeiden. Interview von Jane-Lise Schneeberger.



Christiana Figueres, 58, ist gebürtige Costaricanerin. Sie hat mit einem Master in Anthropologie der London School of Economics abgeschlossen, arbeitete für die Botschaft Costa Ricas in Deutschland, hatte Leitungsfunktionen in mehreren Ministerien ihres Landes inne und liess sich 1989 in Washington nieder, um die Renewable Energy in the Americas Initiative zu leiten und das Center for Sustainable Development in the Americas zu gründen. Von 1995 bis 2009 war Christiana Figueres im costa-ricanischen Klimaverhandlungsteam, 2007 sass sie im Aufsichtsrat des Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung. 2008-2009 war sie stellvertretende Leiterin des Sekretariats des UNFCCC, seit 2010 dessen Generalsekretärin.



Um den Treibhausgasausstoss, beispielsweise mit umweltfreundlicheren Fahrzeugmotoren, wirksam zu bekämpfen, wären sowohl das nötige Geld als auch die Technologien vorhanden.

«Eine Welt»: Nach einigen Monaten an der Spitze der UNFCCC haben Sie die Klimaverhandlungen mit einem Wandteppich verglichen, der schnell geknüpft werden müsse. Wie weit ist das Werk vier Jahre später gediehen?

Christiana Figueres: Der Wandteppich ist grösser und bunter geworden. Mit der Vereinbarung von Cancún wurden 2010 drei neue Institutionen geschaffen, darunter der Green Climate Fund (GCF); sie sichern den Entwicklungsländern die notwendigen Mittel und Technologien zu, um dem Klimawandel zu begegnen. Das Kyoto-Protokoll wurde verlängert. Jetzt sind wir am Erarbeiten einer weltweiten Nachfolgeregelung, die 2015 in Paris verabschiedet werden soll. Allerdings

fehlen noch entscheidende Fäden, um einen nachhaltigen Wandteppich zu weben. Behörden, Unternehmen, Investoren, Städte und Bürger müssen sich stärker engagieren. Ich möchte, dass durch alle Bereiche ein gewaltiger Ruck geht.

Ist nach dem Scheitern in Kopenhagen die Konferenz von Paris die letzte Chance?

Bis wir einen Strich unter den Klimawandel ziehen und behaupten können, das Problem sei gelöst, dauert es noch lange. Aber heute haben wir die Gelegenheit, mit der Untätigkeit und Resignation der Vergangenheit zu brechen. Die Konferenz von Paris ist für die Staaten eine historische Chance, ein Übereinkommen zu schliessen, das die Welt in die richtige Richtung bewegt. Das Ab-

kommen wird Mechanismen schaffen müssen, mit denen sich die Kadenz der heutigen Bemühungen steigern lässt, damit die Emissionen so schnell wie möglich zurückgehen. Um in Paris ein Abkommen treffen zu können, brauchen wir einen ersten Entwurf für die Verhandlungsrunde vom kommenden Dezember in Lima.

Unterdessen steigt die Temperatur unerbittlich an. Lässt sich die Erhöhung noch auf zwei Grad begrenzen?

Wir sind zurzeit auf einer sehr schiefen Bahn, müssen dringend handeln. Jenseits der 2 Grad-Erhöhung haben wir die Auswirkungen der Klimaerwärmung nicht mehr im Griff. Die von den Behörden getroffenen Massnahmen reichen nicht aus. Dabei haben wir sowohl das Geld als auch die Technologien, um die Emissionen zu senken. Es ist also nicht eine Frage der Ressourcen, sondern des Willens. Jeder Tag, der vergeht, ohne dass wir etwas unternehmen, erhöht den Preis, den wir morgen zahlen müssen: Klimakatastrophen, Ernährungsunsicherheit, Wassermangel... Doch die eingeschlagene Richtung ist grundsätzlich richtig. Es bestehen schon über 500 nationale Klimagesetze in 60 Ländern. Die Kosten der erneuerbaren Energien brechen ein. Und die kumulierten Investitionen in saubere Energieträger erreichen 1000 Milliarden Dollar pro Jahr.

Wirtschaftliches Wachstum geht immer noch mit steigendem Verbrauch fossiler Energie einher. Was sagen Sie Entwicklungsländern, die ein «Verschmutzungsrecht» einfordern, um ihren Rückstand auf die industrialisierte Welt einzuholen?

Für die Entwicklungsländer ist das Wachstum zu Recht prioritär. Zugleich anerkennen sie, dass ihre Bevölkerung der Armut nicht entrinnt, ohne auf den Klimawandel eine globale Antwort zu finden. Darüber hinaus möchte keines dieser Länder die enormen Möglichkeiten des Übergangs zu einer CO₂-armen Wirtschaft verpassen: Sie können die schmutzigen Technologien von gestern überspringen und direkt bei erneuerbaren Energien einsteigen. Doch dieser Umbau geht nicht ohne finanzielle und technologische Unterstützung reicher Länder. Sie haben in den vergangenen 150 Jahren die Früchte der Industrialisierung genossen. Im Wissen um die Gefahr einer CO₂-intensiven Entwicklung müssen diese nun den anderen helfen, eine solche zu vermeiden.

Ihre Hilfe läuft insbesondere über den GCF. Führt dieses neue Instrument zu einer Konsolidierung der verzettelten Klimawandel-



Foto: AFP/Anadolu

Die Erfahrung zeigt: Erhält die Lokalbevölkerung die Nutzungsrechte, geht sie behutsam und nachhaltig mit dem Wald um.

Finanzierung? Ersetzt er bestehende Mechanismen wie den Klimafonds?

Die von der Weltbank verwalteten Fonds sind mit einer Hinfälligkeitsklausel versehen, werden also eingestellt, sobald der GCF seine Aufgabe voll übernimmt. Öffentliche Gelder können eine starke Hebelwirkung auf private Investitionen generieren. Hier liegt eine der Hauptaufgaben des GCF. Er wird die Beiträge der öffentlichen Geber als Katalysator zur Mobilisierung des privaten Sektors einsetzen und bedeutende Geldströme für Klimaprojekte in die Entwicklungsländer leiten.

Ein hoher Anteil öffentlicher Mittel für den Klimaschutz entstammt den Entwicklungshilfebudgets. Befürchten Sie nicht, dass dieses Geld bei der Armutsbekämpfung fehlt?

Der Kampf gegen den Klimawandel und die Beseitigung der Armut sind natürliche Verbündete. Investiert man in Wälder, um CO₂ zu lagern, profitiert auch die Entwicklung: Bäume sichern die Wasserversorgung, reduzieren die Erosion und erhöhen die Biodiversität und deren vielfältigen Nutzen. Ebenso können Projekte für saubere Technologien viele Arbeitsplätze schaffen und Gesundheitsprobleme aufgrund der Verbrennung fossiler Energieträger verringern. Bei allen Alternativen schellen die Warnglocken: Vermag die Welt ihren Schadstoffausstoß nicht zu drosseln, werden noch viel mehr Menschen als heute unter Armut und Hunger leiden. ■

(Aus dem Französischen)

20 Jahre Klimaverhandlungen

Die UNO-Klimarahmenkonvention UNFCCC trat 1994 in Kraft, um «die Treibhausgaskonzentration auf einem Niveau zu stabilisieren, das jede gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert». Die 195 Unterzeichnerstaaten versammeln sich jedes Jahr, erörtern ihre Umsetzung, ergänzen sie und verhandeln über konkrete Massnahmen. 37 Industrieländer haben sich im Rahmen des Kyoto-Protokolls dazu verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen zwischen 2008 und 2012 um 5 Prozent zu senken. Das Protokoll wurde verlängert, wobei mehrere Länder mit hohen Treibhausgasemissionen nicht mitzogen. Die internationale Gemeinschaft hat sich darauf geeinigt, 2015 ein neues, für alle Länder geltendes Übereinkommen abzuschliessen.

Weltweit gefragtes Klimawissen

Der Austausch von Wissen ist im Kampf gegen den Klimawandel zentral, denn die Probleme sind in verschiedenen Weltregionen oft dieselben. Die DEZA unterstützt die möglichst weite Verbreitung von Lösungen. Ihre Aktivitäten zur Eindämmung von Ursachen und Folgen der Klimaerwärmung tragen auch zur Armutsreduktion bei.



Nadine Salzmann

In den peruanischen Kordillern Vilcanota ist die Gebirgslandschaft mit den Alpen vergleichbar, entsprechend gross ist das Interesse am Klimafachwissen aus der Schweiz.

Klimakompatible Entwicklung

Die Geberländer haben sich auf internationaler Ebene verpflichtet, bei ihren Entwicklungsaktivitäten dem Klimawandel und dem Katastrophenrisiko Rechnung zu tragen. Wie andere Entwicklungsagenturen hat die DEZA für Mitarbeitende und Projektpartner ein Brevier zur Einhaltung dieser Verpflichtung erarbeitet: den Leitfaden zur Integration von Klima, Umwelt und Katastrophenreduktion (CEDRIG). Damit lässt sich einerseits prüfen, ob ein Programm bezogen auf Klimaveränderungen oder Umweltzerstörung exponiert ist, andererseits ob es Auswirkungen auf den Treibhausgasausstoss oder die Umwelt hat. www.sdc-drr.net/cedrig

(jls) Herkömmliche Entwicklungsprojekte reichen nicht mehr aus, den weltweiten Herausforderungen zu begegnen. Zur Ergänzung hat die DEZA 2009 deshalb vier globale Programme geschaffen. Das Globalprogramm Klimawandel (GPCC) hat maximale Wirkung zum Ziel und kombiniert drei komplementäre Ansätze.

Erstens werden innovative Projekte lokal umgesetzt: Zusammen mit Partnern aus dem Privatsektor, öffentlichen Institutionen – insbesondere anderen Bundesämtern – und der Wissenschaft entwickelt das GPCC vor Ort Antworten auf den Klimawandel. Zweitens geht es um Wissens- und Kompetenztransfer vom Norden in den Süden sowie

unter den Ländern des Südens. Drittens trägt das Programm, sowohl national als auch international, zur Formulierung klimapolitischer Ansätze bei und ist an den multilateralen Klimaverhandlungen beteiligt.

Ausgewiesenes Schweizer Wissen

Wichtig ist laut dem GPCC-Mitverantwortlichen Jean-Bernard Dubois, dass zwischen den Direktbetroffenen des Klimawandels, den Behörden und den Verhandlungspartnern, die den multilateralen Rahmen festlegen, Brücken gebaut werden. «Jede dieser drei Welten dreht sich um sich selbst und weiss kaum, was die beiden andern tun. Solange sie



Nadine Salzmann

Ein peruanisch-schweizerisches Wissenschaftlerteam nimmt auf dem Suyuparina Gletscher Messungen vor und hat in der Umgebung eines Gletschersees ein Frühwarnsystem eingerichtet.



Alfredo Liaman Guillen/Care Peru-Ancash

nicht miteinander reden, erreichen wir nichts. Insbesondere müssen die Verantwortlichen die Bedürfnisse und Sorgen der Bevölkerung kennen, um richtig zu entscheiden.» Das GPCC muss also operativ verankert bleiben, denn: «Die vor Ort gemachten Erfahrungen beeinflussen den politischen Dialog auf internationaler Ebene.»

Die 42 GPCC-Projekte konzentrieren sich auf Indien, China, Südafrika und Peru. Im Mittelpunkt stehen Bereiche, in denen die Schweiz über ausgewiesenes Wissen verfügt: Glaziologie, Wassermanagement, Risikoprävention, Energiesparen, Waldwirtschaft und Luftverschmutzung.

Austrocknende Wasserschlösser

Weil Indien, China und Peru Gletscher haben, die genau wie die hiesigen zusehends schmelzen, sind sie an der Zusammenarbeit mit der Schweiz interessiert. Das GPCC hat deshalb in den Anden und im Himalaya Projekte zur Gletscherbeobachtung und zur Evaluation von Problemen, insbesondere des Wassermangels, im Zusammenhang mit dem Klimawandel lanciert.

Nadine Salzmann, Glaziologin an den Universitäten Zürich und Freiburg, ist Mitverantwortliche des Wissenschaftskonsortiums, welches die Arbeiten in Peru und Indien umsetzt. «Aufgrund unserer Studien in den Alpen verfügen wir über solides Kli-

mafachwissen», sagt sie. «Dieses vermitteln wir an lokale Wissenschaftler, damit sie das Verhalten ihrer Gletscher selber beobachten können. Sie ihrerseits kennen das gesellschaftliche Umfeld, was für die Konzeption von Anpassungsmassnahmen entscheidend ist.» Eine wichtige Komponente der Projekte ist der Kapazitätsaufbau: In beiden Ländern wurden Glaziologielehrgänge geschaffen, um künftige Experten auszubilden.

In Peru hat das Schweizer Konsortium ausserdem einheimische Ingenieure bei der Installation eines Frühwarnsystems für den Gletschersee Laguna 513 in der Cordillera Blanca unterstützt. Der Abbruch riesiger Eisblöcke hat ihn schon mehrmals zum Überschwappen gebracht und zerstörerische Hochwasser ausgelöst. Nun erhält die wenige Kilometer entfernte Stadt Carhuaz Informationen in Echtzeit und kann die Bevölkerung im Notfall evakuieren.

Auch auf anderen Gletschern wurden Messsysteme installiert, um den Schwund zu beobachten und den Rückgang der Wasserressourcen abschätzen zu können. «Seit Jahrhunderten verliessen sich die Menschen in der trockenen Jahreszeit auf das Schmelzwasser. Heute aber fliesst manchmal viel, manchmal wenig, was den Anbaukalender durcheinanderbringt», sagt Nadine Salzmann. «Bis in 20 oder 30 Jahren dürften manche Gletscher völlig

Austausch unter Fachleuten

Um die Berücksichtigung des Klimawandels bei eigenen und bei Partnerprojekten zu fördern, hat die DEZA das Netzwerk Climate Change and Environment (CC&E) geschaffen. Dieses setzt sich aus über 200 internen und externen Mitgliedern (NGO, Forscher, Berater, Privatsektor) zusammen. In dieser Fachgemeinde werden themenbezogene Erfahrungen und Informationen diskutiert; die Teilnehmenden unterstützen sich gegenseitig, um die Qualität ihrer Arbeit zu verbessern. Im Netzwerk können alle betroffenen Akteure ihr Wissen erweitern. Ausserdem tragen die Mitglieder dazu bei, die Aufmerksamkeit der Entscheidungsträger und der Bürger auf die Klimaproblematik zu lenken. www.sdc-climateand-environment.net



In Santiago de Chile sind schon über 3000 Busse mit Partikelfiltern ausgerüstet worden.

verschwunden sein. Unsere Arbeit soll der Bevölkerung und den Behörden helfen, sich darauf vorzubereiten.»

Doppelter Nutzen

Ob sie nun auf Anpassungen an den Klimawandel oder auf dessen Begrenzung hinauslaufen, die Schweizer Projekte haben einen doppelten Nutzen, versichert Jean-Bernard Dubois: «Bei allem, was wir für das Klima tun, profitiert auch die Entwicklung, denn die arme Bevölkerung ist den Klimaauswüchsen am meisten ausgeliefert.»

Ein Beispiel dafür sind die Aktivitäten im Forstbereich. Das GPCC unterstützt ein vom Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) gegründetes internationales Netz zur Förderung des Beitrags der sozialen Forstwirtschaft im Kampf gegen den Klimawandel. Gemäss diesem Ansatz vertraut der Staat die Bewirtschaftung des Waldes und des Baumbestands örtlichen Gemeinschaften an. Die Erfahrung zeigt, dass die Anwohner Sorge zu Räumen tragen, von denen ihr Einkommen abhängt, und zwar in dem Mass, wie sie über Nutzungsrechte verfügen. Ein gut bewirtschafteter Wald schluckt CO₂, liefert der Bevölkerung Produkte und leistet ihr Dienste. Das Netz erfasst die lokal laufenden Projekte und stellt sie allen ASEAN-Ländern zur Verfügung. Gemäss Patrick Sieber vom GPCC lassen sich innovative Lösungen dank der Zusammenarbeit mit einer regional verankerten Organisation auf grössere Massstäbe übertragen. «Beschliesst die ASEAN, soziale Forstwirtschaft in ihre Anpassungs- und Begrenzungsstrategie bezüglich Klimawandel zu integrieren, wird dieser Ansatz in zehn Mitgliedsländern umgesetzt.» Noch steht auf der Hälfte davon Wald, doch dieser wird in alarmierendem Rhythmus abgeholzt.

Am Anfang war der Baumaschinenfilter

Die Partikelfiltertechnologie ist ein weiterer helvetischer Kompetenzbereich. Die Schweiz hat sich

in den 1990er-Jahren als eines der ersten Länder des Abgasproblems bei Dieselmotoren angenommen. Der Bund war bestrebt, die Gesundheit der Arbeiter beim Bau von Eisenbahntunneln zu schützen, und regte die Industrie dazu an, Filter zu bauen, die mehr als 97 Prozent der von den Baumaschinen abgegebenen Feinstaubpartikel zurückhalten.

Heute erleichtert das GPCC den Transfer dieses Fachwissens in die Grossstädte des Südens, um deren Luftverschmutzung zu reduzieren. Es unterstützt im Rahmen von Öffentlich-Privaten-Partnerschaften die Behörden beim Erarbeiten und Umsetzen eines normativen Rahmens. Bei einem ersten, von der DEZA zwischen 2004 und 2009 verwirklichten Projekt wurden über 3000 Busse in Santiago de Chile mit Filtern ausgerüstet.

Der Erfolg weckte das Interesse anderer südamerikanischer und chinesischer Städte, die ihre Busflotte oder ihre Baumaschinen modernisieren wollten. Mittlerweile liefern in Peking, Nanjing, Xiamen (China) und in Bogotá (Kolumbien) vergleichbare Projekte an.

«Man weiss heute, dass Feinstaub krebserregend ist und Atemwegserkrankungen hervorruft. Weltweit merken die Behörden, dass sie die Gesundheit ihrer Bürger schützen müssen», sagt René Grossmann, Leiter der begleitenden Expertengruppe. Weniger bekannt ist, dass die Russpartikel auch ein wichtiger Faktor der globalen Erwärmung sind und sie allein durch die Ablagerung auf den Gletschern deren Abschmelzen beschleunigen. «Die Fahrzeuge mit Partikelfiltern auszurüsten, ist aus gesundheitlichen Gründen absolut notwendig, dient aber auch dem Klima.» ■

(Aus dem Französischen)

Klima-Engagement unter der Lupe

Zwischen 2000 und 2012 haben die DEZA und das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) rund 1.32 Milliarden Franken für Interventionen im Bereich Klimawandel ausgegeben. In einem aktuellen gemeinsamen Bericht nehmen sie die Wirkung ihrer bi- und multilateralen Aktivitäten in diesem Zeitraum unter die Lupe und berücksichtigen auch die zusätzlichen Mittel, über die die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit dafür seit 2011 verfügt. Mit der Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens hat das Parlament zusätzliche 125 Millionen Franken für Klimaschutzmassnahmen zur Verfügung gestellt. DEZA und SECO erhalten je praktisch genau die Hälfte der Summe.
www.deza.admin.ch
<http://www.deza.admin.ch>
 (Dokumentation, Publikationen)

Wird es regnen? Wenn ja, wieviel?

Der Klimawandel bringt den Wasserkreislauf durcheinander. Regen fällt je länger, je unregelmässiger. Häufigkeit und Intensität von Überschwemmungen und Dürren nehmen zu. Um die negativen Auswirkungen auf Leben sowie Hab und Gut zu begrenzen, passt sich die Lokalbevölkerung mit unterschiedlichen Strategien dem Wasserüberfluss oder -mangel so gut es geht an.

(jls) In trockenen Gebieten nehmen die Niederschläge tendenziell ab. In feuchten dagegen nehmen sie zu, konzentrieren sich jedoch auf kürzere Perioden als früher. Viele Länder sind deshalb in ein und demselben Jahr sowohl mit Überschwemmungen als auch mit Dürren konfrontiert. Der Wasserkreislauf zeichnet sich demgemäss durch hohe Schwankungen aus, was besonders den Regenfeldbau beeinträchtigt.

«Die Bauern können zur Planung ihrer Kulturen nicht mehr auf den Jahreszeitenrhythmus bauen», stellt Daniel Maselli vom Globalprogramm Klimawandel der DEZA fest. «Fällt der Regen zu früh, sind die Felder noch nicht bestellt. Kommt er zu spät, geht die Saat nicht auf. Manchmal versiegt der Regen schon nach einigen Tagen; dann vertrocknen die Setzlinge, und die Ernte ist verloren.»

Zu viel oder zu wenig Wasser

Überall auf der Welt versucht die Landbevölkerung, sich den neuen Klimabedingungen anzupassen. In trockenen Gebieten werden Dämme oder Regenwasser-Rückhaltebecken zur Bewässerung der Felder gebaut. In Schwemmgebieten werden Häuser und Getreidespeicher aufgeständert, um das Schlimmste zu verhindern.

Der veränderte Niederschlag fordert die landwirtschaftliche Praxis: Die Bauern müssen Saat- oder Erntezeitpunkt verschieben oder auf andere Nutzpflanzen umstellen. Maniok oder Hirse etwa sind trockenheitsresistenter als andere Kulturen; bestimmte Reissorten können über längere Zeit im Wasser stehen. Sehr anfällig ist auch die Viehzucht: Überleben die Herden eine Dürre oder Überschwemmung, haben sie nach der Katastrophe oft nicht genug zu fressen, weil die Weiden zerstört sind. Fehlt jedoch das Futter, müssen die Viehzüchter einen Teil ihrer Tiere verkaufen. In Ländern mit häufiger Dürre ersetzen manche ihre Rindviehherden, die viel Wasser benötigen, durch anspruchslosere Tiere wie Ziegen oder Kamele.



Jens Grossmann/afp

Mit Bewässerungskanälen wie hier in Burkina Faso wird die wertvolle Ressource Wasser gezielt und sinnvoll eingesetzt.

Umkämpfte Ressourcen

Das Internationale Zentrum für integrierte Entwicklung in Bergregionen Icimod in Kathmandu hat die Anpassungsmassnahmen im Himalaya und Hindukusch studiert. Überschwemmungen, Hochwasser und Trockenheit sind nichts Neues, verursachen aber ständig grössere Schäden.

«Die Einheimischen haben immer überliefertes Wissen angewandt, um sich allen erdenklichen Veränderungen anzupassen. Aufgrund der alarmierenden Kadenz der aktuellen Klimastörungen reichen diese Strategien bald nicht mehr aus», befürchtet Neera Shrestha Pradhan, Spezialist für Adaptation am Icimod. «Wissenschaftliche Erkenntnisse und

Sinkende Abflussmengen

In bestimmten Regionen wirken sich schwindende Niederschläge auf die Flüsse aus. Rund ein Drittel der 200 grössten Flüsse unseres Planeten führen weniger Wasser, so dass auch für Landwirtschaft und Stromproduktion geringere Mengen zur Verfügung stehen. Vorerst sind von Gletschern gespeisene Flüsse vom Rückgang nicht betroffen. Sie werden noch während maximal einigen Jahrzehnten mehr Wasser führen, dann wird die Menge abrupt sinken. Die zehn grössten Ströme Asiens, darunter Indus, Ganges, Brahmaputra und der Gelbe Fluss, entspringen im Himalaya, der auch als «dritter Pol» bezeichnet wird. Bald schon könnte der Gletscherrückgang die Wasserversorgung hunderter von Millionen Menschen beeinträchtigen.



Partha Das

Im indischen Bundesstaat Assam hat ein Teil der Bevölkerung auf die Überschwemmungen des Flusses Brahmaputra reagiert: Häuser werden auf Pfählen gebaut und viele Reisbauern sind zur Fischzucht übergegangen.

Abrupte Entleerung von Gletscherseen

Mit der Klimaerwärmung entstehen neue Gletscherseen, deren Wasserstand ständig steigt. Sie entstehen hoch oben in Talbecken, die von Felsbrocken abgeschlossen werden, und füllen sich mit Gletscherwasser. Diese natürlichen Dämme sind jedoch nicht sehr stabil und können jederzeit brechen, insbesondere aufgrund von Erosion oder Erdbeben. Unmengen von Wasser, das Felsblöcke und Schlamm mit sich führt, überfluten dann nahe Dörfer und Kulturen. Gletscherseen können auch über die Ufer treten: Eine Eislawine oder ein Erdbeben kann eine Welle auslösen, die so hoch ist, dass sie über den Damm schwappet. Im Himalaya und im Hindukusch gibt es rund 9000 Gletscherseen, 200 davon mit hohem Dammbruchrisiko.

behördliche Planung müssen dieses Wissen ergänzen.»

Das Icimod hat verschiedene Adaptationsmechanismen ausgemacht, die zumindest vorläufig gut funktionieren. Die Gemeinde Mulchow im Nordwesten Pakistans zum Beispiel verteilt ihre bescheidenen Wasserressourcen nach einem traditionellen System: Jeder Bauer hat aufgrund seiner Landfläche Anrecht auf eine bestimmte Wassermenge pro Tag; auch der Verbrauch der Dörfer ist reglementiert. Ein Rat der Alten überwacht die faire Verteilung des Wassers.

Nicht immer verläuft das Teilen friedlich. In Nepal heben Landwirte in ausgetrockneten Flussbetten mit schwerem Gerät tiefe Gräben aus, um an Grundwasser zu gelangen. Dann installieren sie Pumpen zur Bewässerung ihrer Felder. Damit geraten sie in Konflikt mit armen Bauern, denen die Mittel fehlen, um solche Maschinen zu mieten. In Indien treten mehrere Ströme jedes Jahr über die Ufer. In vielen Dörfern des vom Brahmaputra durchflossenen Bundesstaats Assam steht der Boden sechs Monate im Jahr unter Wasser und ist landwirtschaftlich nicht mehr nutzbar. Viele Bauern sind zur Fischzucht oder zum Handel übergegangen oder arbeiten als Tagelöhner auswärts. Andere haben ihr Dorf endgültig verlassen.

Im Bundesstaat Bihar haben sich Bauern den durchnässten Boden zunutze gemacht und bauen Makhana an, eine essbare Seerosenart, die in stehendem Wasser gedeiht. Fließt das Wasser nach einer Überschwemmung ab, bleibt oft eine dicke Sandschicht zurück. Manche Gemüseproduzenten



Dinesh Devkota

sind zum Anbau von Kürbisgewächsen übergegangen, eine der wenigen Gemüsearten, die sandhaltigen Boden schätzen.

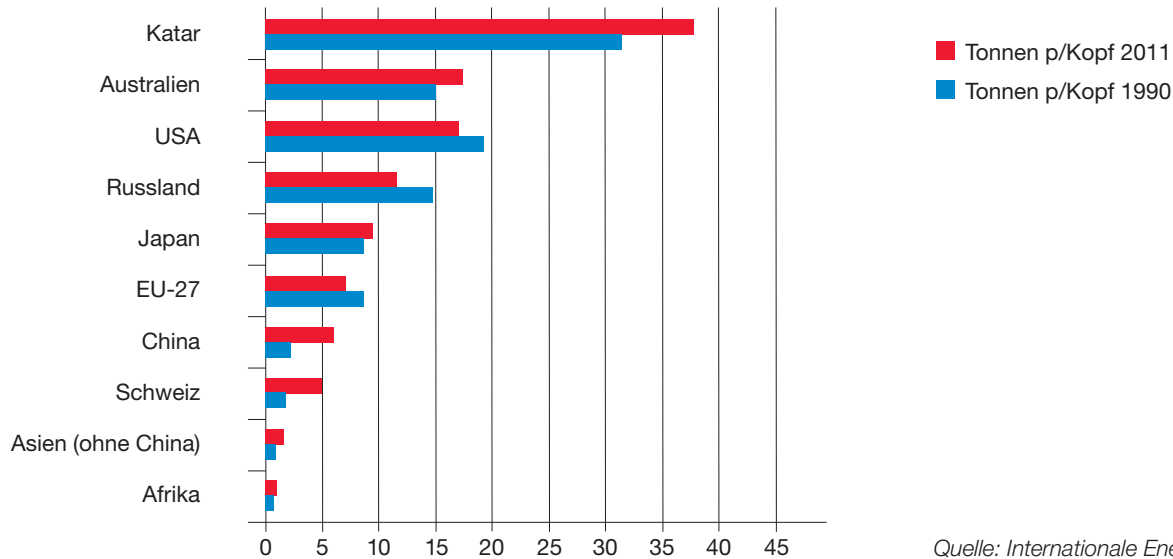
Frühwarnung als Lebensretter

Frühwarnsysteme sind ein effizientes Mittel, um die Auswirkungen von Katastrophen zu begrenzen. Wird die Bevölkerung rechtzeitig vor einer bevorstehenden Überschwemmung gewarnt, kann sie mit dem Vieh in höhere Lagen ziehen. Solche Systeme tauchen seit einigen Jahren immer häufiger in Entwicklungsländern auf. Allerdings setzen sie leistungsfähige Wetterstationen voraus und erfordern Wissenschaftler, die das Risiko analysieren können. Ausserdem müssen Netze zur Übertragung der Messwerte an die betroffene Bevölkerung aufgebaut werden, meist über Radio, Fernsehen oder SMS.

Bevölkerungen ohne solch hoch entwickelte Systeme behelfen sich oft selbst, so in zwei indischen Dörfern im Bundesstaat Bihar, die wegen Dammbruchs am Fluss Koshi schon achtmal überschwemmt wurden: Während der Regenzeit halten die Bewohner nachts abwechslungsweise Wache, beobachten einen möglichen Wasseranstieg und schlagen bei Gefahr Alarm. ■

(Aus dem Französischen)

Facts & Figures



Der CO₂-Ausstoss pro Kopf aufgrund der Verbrennung fossiler Energieträger in ausgewählten Ländern und Weltregionen

China ist in absoluten Zahlen zum weltweit grössten CO₂-Emittenten geworden und hat 2006 die USA überholt. Der Pro-Kopf-Ausstoss jedoch ergibt eine andere Rangliste: 2011 wurden in den USA 16,4 Tonnen CO₂ ausgestossen, im viermal stärker bevölkerten China 7,1 Tonnen, praktisch gleich viel wie in der EU (7,4 Tonnen). Die höchsten Werte erreichen die Erdölländer am Golf – den Weltrekord hält Katar mit 38 Tonnen.

Schlüsselzahlen

- 200 Milliarden Dollar betragen 2012 die von Klimakatastrophen verursachten Schäden, 1980 waren es noch 50 Milliarden.
- 200 Millionen Klimaflüchtlingen, so die Schätzungen, soll es weltweit bis 2050 geben.
- 550 Gigatonnen CO₂ haben sich seit Beginn der Industrialisierung in der Atmosphäre angesammelt. Dort verbleiben sie während Jahrhunderten oder gar Jahrtausenden.
- Mehr als verdreifachen dürfte sich der Energiebedarf der Schwellenländer bis 2030.
- Ab 2013 lässt sich auf 40 bis 80 Prozent der Ackerbaufläche südlich der Sahara Mais, Hirse und Sorgumhirse nicht mehr anbauen, wenn sich die Erde um 1,5 bis 2 Grad erwärmt.
- Zwischen 15 und 37 Prozent der terrestrischen Tier- und Pflanzenarten könnten bis 2050 aufgrund des Klimawandels verschwinden.



Olaf Schuelke/SZ Photo/laif

Links

Portal der Vereinten Nationen zum Klimawandel
www.un.org/climatechange

Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen UNFCCC
www.unfccc.int

Green Climate Fund
www.gcfund.net

Wissensportal zum Klimawandel CCKP
www.worldbank.org/climateportal

Bildungsservice der Vereinten Nationen zum Klimawandel
www.uncclearn.org

Unterlagen

Weltklimarat IPCC: «Fünfter Sachstandsbericht, 2013 und 2014»
www.ipcc.ch

Weltbank: «Turn down the heat, 2011/2013»;
 Zusammenfassung auf Deutsch: «Der 4°-Bericht»
www.bmz.de (Suche: 4°-Bericht)

Umweltprogramm der Vereinten Nationen: «The Emissions Gap Report 2013»
www.unep.org

Ohne Rechte bleibt nur die Strasse

Trotz wirtschaftlichem Aufschwung gehört Kambodscha nach wie vor zur Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder der Welt. Armut ist weit verbreitet, zudem leidet die Bevölkerung unter fehlenden rechtsstaatlichen Strukturen. Ihre zunehmenden Proteste richten sich insbesondere gegen ausbleibende Landrechtsreformen sowie miserable Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie. Von Sascha Zastiral*.



Protest in Phnom Penh: Die Landrechtsaktivistin Tep Vanny demonstriert unter den wachsamen Augen der Polizei gegen gravierende Missstände im Land.

Tep Vanny ist ihre Nervosität anzumerken. Die 33-jährige Landrechtsaktivistin sitzt mit zwei Mitstreiterinnen auf der hinteren Bank einer Auto-Rikscha. Sie trägt ein schwarzes Hemd und hat sich ein Tuch mit traditionell kambodschanischem Karo-Muster um den Kopf gebunden. Die Frauen sind zusammen mit vielen anderen auf dem Weg zu einem Protest im Freedom Park im Zentrum von Phnom Penh. Der Weg führt vorbei an Business-Hochhäusern und teuren Geschäften, die in den vergangenen Jahren in der Innenstadt entstanden sind und die vom wirtschaftlichen Aufschwung Kambodschas zeugen.

«Ich habe Angst, weil dort unzählige Polizisten sein werden», sagt Tep Vanny und tippt eine Nachricht in eines der zwei Handys, die sie bei sich trägt. «Am schlimmsten sind die Schläger der Regierung.»

Am Strassenrand sind immer mehr Polizisten zu sehen. Manche von ihnen tragen Maschinengewehre. Die Regierung hat nach massiven Protesten im vergangenen Jahr ein absolutes Versammlungsverbot verhängt. Diese begannen nach den Parlamentswahlen im vergangenen Juli, welche die Regierung angeblich knapp gewonnen hat. Die Opposition jedoch erkennt das Ergebnis nicht an, doch die Regierung weigert sich, Neuwahlen abzuhalten.

Schlagstöcke gegen Demonstranten

Die Proteste haben sich schnell zu Demonstrationen gegen die gravierendsten Missstände des Landes gewandelt. Landrechtsaktivisten und Textilarbeiterinnen haben sich den Oppositionsanhängern angeschlossen. Anfang Januar erschossen

Militärpolizisten bei einem Protest fünf Demonstranten. Diesen Vorfall hat die Regierung dazu genutzt, um Proteste ganz zu verbieten, angeblich aus Sicherheitsgründen.

Am Freedom Park angekommen, schliessen sich die Landrechtsaktivistinnen den etwa hundert Demonstranten an, die sich schon seit dem frühen Morgen hier versammelt haben. In einer angrenzenden Strasse stehen etwa doppelt so viele Polizisten mit Schilden und Schlagstöcken und Schläger der Regierung bereit. Diese meist jungen Männer tragen dunkelblaue Uniformen und schwarze



Über 600 000 Menschen arbeiten unter oft prekärsten Arbeitsbedingungen in Kambodschas Textilindustrie.

Motorradhelme und haben ebenfalls Schlagstöcke. Offiziell gelten sie als «Sicherheitsleute», die Phnom Penhs Stadtverwaltung angestellt hat. In Wirklichkeit sind es Schläger der Regierungspartei. Plötzlich bauen diese sich an einem Ende des Platzes zusammen mit den Polizisten in zwei Reihen auf. Die Demonstranten marschieren auf die Sicherheitskräfte zu und stellen sich direkt vor sie. Tep Vanny, die Landrechtsaktivistin, steht ganz vorne und redet auf die Polizisten ein. Bevor die Konfrontation eskaliert, erklärt der Veranstalter die Kundgebung für beendet. Die Demonstranten verlassen nach und nach den Park.

Geschäftsviertel statt See

Am Nachmittag sitzt Tep Vanny im Versammlungsraum ihrer Aktivistengruppe nahe dem ehemaligen Boeung Kak-See im Zentrum von Phnom Penh. Vor einigen Jahren hat die Regierung das gesamte Areal chinesischen Investoren verpachtet. Nun hat man damit begonnen, das Wasser aus dem grossen Innenstadtssee abzuleiten und ihn mit Sand aus dem nahe gelegenen Mekong zuzuschütten. In Sichtweite mehrerer Ministerien soll ein teures Geschäftsviertel entstehen, weswegen die Seeanwohner aufgefordert wurden, ihre Häuser zu verlassen. Tausende von ihnen sind auf das Angebot der Regierung eingegangen, gegen eine finanzielle Ent-

schädigung von 8500 US-Dollar ihre Häuser zu räumen. Bei anderen haben Schläger nachgeholfen. Viele der Vertriebenen sind in Auffanglager weit ausserhalb der Stadt gezogen oder haben sich Land in Armenvierteln gekauft, die vermutlich auch bald geräumt werden.

Von den einst über 4000 Familien, die in Boeung Kak gelebt haben, sind bereits mehr als 3200 vertrieben worden. «Die Regierung hat sich in ein offenes diktatorisches Regime gewandelt», sagt Tep Vanny. «Sie respektiert die Menschenrechte nicht.»

Über eine Million droht Landverlust

Seit dem Terrorregime der Roten Khmer gibt es in Kambodscha kaum noch Grundbucheinträge. Hohe Beamte und Politiker nutzen das, um ganze Dörfer zu räumen. Das Land wird dann häufig an ausländische Investoren verpachtet. Mehr als eine Million Kambodschaner sind davon bedroht, ihr Land zu verlieren.

Die Proteste der verbliebenen Boeung Kak-Bewohner waren relativ erfolgreich. Von den rund 700 Familien, die der aufgezwungenen Entwicklung nicht weichen wollten, haben mittlerweile fast alle offizielle Landtitel von der Regierung erhalten. Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen und die Weltbank haben Druck auf die Regierung ausgeübt und sie so dazu gezwungen, vom ursprünglichen Plan, das gesamte Areal zu räumen, Abstand zu nehmen. «Momentan warten nur noch etwa 40 Familien darauf, ihre Landtitel zu erhalten», erklärt Tep Vanny.

Die Art und Weise, wie die Regierung Entwicklung betreibt, findet die Landrechtsaktivistin problematisch. «Die nehmen den Leuten ihre Häuser und ihr Land weg und zerstören das Wohlergehen der Familien. Leute werden ohne Grund festgenommen, es wird immer wieder Gewalt eingesetzt.» Es sei gerade so, sagt sie, als sehe die Regierung die Menschen des Landes als Gegner an. Dabei stehe sie der Entwicklung nicht negativ gegenüber, betont sie: «Aber diese muss allen Seiten gegenüber fair erfolgen.»

Proteste gegen Arbeitsbedingungen

Auch Cheang Tida steht der Regierung kritisch gegenüber. Die 34-Jährige ist Betriebsrätin in einer Textilfabrik. Ende des vergangenen Jahres hat sie die Arbeiterinnen und Arbeiter in ihrer Firma dazu aufgerufen, sich den Streiks anzuschliessen, die damals kurzzeitig praktisch die gesamte Textilindustrie des Landes lahmgelegt haben. Ihre Forderung: eine Erhöhung des Mindestlohns von etwa 80 auf 160 US-Dollar im Monat.

Nach den ersten Protesten hat die Regierung den Mindestlohn erst auf 95 und kurz darauf auf 100

Kambodscha in Kürze

Name

Königreich von Kambodscha

Fläche

181 000 km²

Hauptstadt

Phnom Penh

Bevölkerung

15,5 Millionen

Durchschnittsalter

24 Jahre

Lebenserwartung

63 Jahre

Ethnien

Khmer 90%
Vietnamesen 5%
Chinesen 1%
Andere 4%

Sprachen

Khmer (Amtssprache) wird von 95% der Bevölkerung gesprochen. Weitere Sprachen sind Vietnamesisch, Chinesisch, Cham sowie diverse Minderheitensprachen wie Brao, Chong, Jarai etc.

Religionen

Buddhismus 97%
Islam 2%
Andere 1%

Wirtschaftszweige

Tourismus, Textilindustrie, Bauindustrie, Reisverarbeitung





Martin Roemers/laif

Weil die Lebensbedingungen auf dem Land noch viel schlechter sind als in der Hauptstadt, ziehen viele Menschen nach Phnom Penh, wo sie in Armensiedlungen wie dieser landen.

Geraubtes Land

Landrechtsfragen stehen heute ganz oben auf der Liste der Probleme des Landes. Sie sind eine indirekte Folge der Roten Khmer. Diese haben in den vier Jahren, in denen sie ab 1975 an der Macht waren, nicht nur den Tod von rund zwei Millionen Kambodschanern verschuldet, sondern auch nahezu alle Grundbucheinträge des Landes vernichtet. Die Überlebenden der Schreckensherrschaft haben sich oft dort niedergelassen, wohin die Radikal-Kommunisten sie verschleppt hatten und später das Land von den Behörden gekauft. Doch heute erkennt die Regierung viele dieser Käufe nicht an. Unter dem Deckmantel der Entwicklung werden zahllose Menschen von ihrem Land vertrieben. Mehr als eine Million Kambodschaner sind davon bedroht. Die Profiteure dieses Landraubes sind nicht selten hohe Beamte und Politiker.

US-Dollar erhöht. Auf die geforderten 160 US-Dollar will sie nicht eingehen.

Die Textilindustrie ist, neben dem Tourismus, die wichtigste Einnahmequelle des Landes. Kambodscha exportiert jedes Jahr Kleidung im Wert von rund fünf Milliarden US-Dollar. Mehr als 600 000 Menschen arbeiten in den zahlreichen Textilfabriken des Landes. Wegen der schlechten Arbeitsbedingungen in vielen Fabriken kommt es jedoch häufig zu Protesten.

Verbandelte Interessensgruppen

Weil sie ihre Arbeitskolleginnen dazu aufgerufen hat, sich dem Proteststreik anzuschließen, erzählt Cheang Tida, hat sich ihre Firma im Januar geweigert, ihren Arbeitsvertrag zu verlängern. Erst als die Kolleginnen für ihre Wiedereinstellung protestiert hätten, habe die Firma sie wieder eingestellt. «Ich habe mich dem Streik angeschlossen, weil unser damaliger Lohn nicht einmal dafür ausgereicht hat, die alltäglichen Ausgaben zu decken», erzählt Cheang Tida. «In den letzten Jahren ist alles teurer geworden.»

Die Armee und die Polizei müssten die Arbeiterinnen eigentlich beschützen, sagt sie dann. «Stattdessen haben die sich auf die Seite der Unternehmer gestellt.» Sowohl Arbeitsrechtsorganisationen als auch Gewerkschaften weisen häufig darauf hin, dass viele Textilunternehmer enge Beziehungen zur Regierungspartei unterhalten.

Flucht in die Stadt

Cheang Tida ist vor mehr als zehn Jahren vom Land nach Phnom Penh gekommen, um zu arbeiten. Die Lebensbedingungen in der Provinz seien noch schlechter als in der Hauptstadt, erzählt sie. Der ständig schwankende Preis für Agrarprodukte erschwere es vielen Menschen auf dem Land, ihren Lebensunterhalt durch Landwirtschaft alleine zu bestreiten. Aus ihrer Familie lebe derzeit nur noch ihre Mutter, der sie monatlich 15 bis 20 Dollar sende, im Heimatdorf. «Ich esse weniger, damit am Ende des Monats Geld für meine Mutter übrig bleibt», sagt Cheang Tida.

Sie und ihre Kolleginnen müssten zahlreiche Überstunden leisten, erzählt die Arbeiterin. Die Arbeitsbedingungen seien äusserst schwierig. «Es ist sehr heiss in der Fabrik. Die Luft ist staubig und mit Chemikalien aus den Stoffen durchtränkt.» Man könne es sich nicht vorstellen, wenn man es nicht erlebt habe, fügt sie hinzu. «Wir haben kein gutes Leben», sagt Cheang Tida dann. Oft könne sie sich nur das billigste Essen leisten. «Die Hunde der Reichen bekommen besseres Essen als wir Textilarbeiterinnen.» ■

** Sascha Zastiral ist freier Südasien-Korrespondent, u.a. für die «Neue Zürcher Zeitung» und deutsche Medien.*

Aus dem Alltag von ...

Rahel Bösch, Leiterin des DEZA-Programmbüros in Phnom Penh

Von Alltagsroutine kann ich nicht erzählen, denn noch ist der Aufbau des neuen Landesprogramms in Kambodscha in vollem Gange. Im Mai 2012 haben wir in kleinen Büroräumen im Honorarkonsulat angefangen. Man kann sich die zahllosen Details gar nicht vorstellen, die es braucht, um in einem neuen Land ein DEZA-Büro zu eröffnen – Räumlichkeiten und Mobiliar, EDV-Infrastruktur, Bankkonto und Versicherungen, ein Fahrzeug und vor allem auch Personal. Mittlerweile ist unser Team auf zwölf Mitarbeitende angewachsen. Unterstützt durch das regionale DEZA-Büro in Vientiane, Laos, haben wir als Team sukzessive das Büro und das Programm aufgebaut. Eine sorgfältige Rekrutierung ist wichtig. Ich bin überzeugt, dass ein professionelles, engagiertes Team das Rückgrat eines gelungenen Landesprogramms bildet. Bis Ende Jahr sollten wir mit zwei weiteren Neuzugängen komplett sein, und im September wird noch das Honorarkonsulat ins DEZA-Büro integriert.



DEZA

«Fast jede Familie war mit Hunger, Entbehrung und extremer Brutalität konfrontiert.»

Nach neun Monaten im Provisorium konnten wir im Februar 2013 die Büroräumlichkeiten der kanadischen Entwicklungsagentur CIDA übernehmen. Ein echter Glücksfall! Das Haus – eine alte Khmer-Villa – war bereits sehr gut ausgerüstet, was uns viel Aufwand erspart hat. Es liegt in einem zentralen Quartier, wo auch die meisten anderen Entwicklungsagenturen und Botschaften angesiedelt sind. Verglichen mit anderen Stadtteilen gibt es wenig Stromunterbrüche, und die Sicherheit ist gut. Dies ist umso wichtiger, als die politische Situation seit den Wahlen im Sommer 2013 angespannt bleibt: Demonstrationen, Strassenblockaden und Sicherheitskontrollen sind seit Monaten an der Tagesordnung.

Auch persönlich gibt ein solcher Neustart viel zu regeln. Ein Zuhause, in dem man sich wohl fühlt und zur Ruhe kommen kann, ist wichtig. Ich bin froh, dass mein Mann mich begleitet. Lange Arbeitstage, hohe Temperaturen von 36 Grad und

mehr, Konfrontation mit viel Elend – das zehrt. Da ist es wichtig, einen Partner zu haben, mit dem man sich austauschen kann, und der einem vieles abnimmt. Unsere beiden Töchter sind bereits erwachsen und ausgeflogen.

Auf dem Weg zur Arbeit bin ich jeweils mit bitterer Armut konfrontiert. Was mich dabei stets berührt, ist die unglaubliche Tapferkeit der Menschen: Zäh und tüchtig organisieren sie ihr tägliches Überleben – allem Elend zum Trotz. Viele Kinder wachsen in extremer Armut auf, 40 Prozent sind fehl- oder unterernährt. Ein Lichtblick auf meinem Arbeitsweg sind die Kantha Bopha-Spitäler von Beat Richner, die auch von der DEZA unterstützt werden: Jeden Morgen stehen hundert und mehr Menschen vor den Toren und warten geduldig auf ihre Behandlung.

Kambodscha ist durch viel Leid gegangen. Fast jede Familie war mit Hunger, Entbehrung und extremer Brutalität konfrontiert. Die Vergangenheit beeinflusst auch unsere Arbeit. Es ist wichtig, die Muster der Gewalt zu begreifen. Nur so kann man bei der Planung eines Projekts vermeiden, dass es zu neuen Spannungen beiträgt. Noch ist die Armut enorm und die Demokratie jung – der Weg zum stabilen Land ist steil und holprig. Es wird wohl noch lange dauern, bis wir hier von Alltagsroutine sprechen können. ■

(Aufgezeichnet von Mirella Wepf)

Von Bürgernähe bis Berufsbildung

2012 hat die Schweiz entschieden, neben Laos, Vietnam und Myanmar verstärkt auch Kambodscha in die neue Kooperationsstrategie 2013-2017 für die Mekong-Region miteinzubeziehen. Entsprechend den grossen Bedürfnissen und den nationalen Entwicklungsprioritäten, namentlich im Bereich Dezentralisierung und Demokratieförderung, Diversifizierung der Landwirtschaft, Bekämpfung von Hunger und Fehler-nährung sowie beim erst rudimentären Berufsbildungssystem, konzentriert sich das neue DEZA-Landesprogramm für Kambodscha auf Gemeindestärkung und Förderung der Bürgernähe, Landwirtschaft und Ernährungssicherheit sowie Einkommensförderung und Berufsbildung.
www.deza.admin.ch/mekong
www.swiss-cooperation.admin.ch/mekong

Warum ich mich engagiere

Warum verlassen diese Frauen ihre gewalttätigen Männer nicht? Die Frage beschäftigte mich immer wieder, als ich 1990 mit meiner Arbeit begann. Nachdem ich eine erste Studie über häusliche Gewalt in Kambodscha durchgeführt und sechs Monate in verschiedenen Gemeinschaften verbracht hatte, verstand ich, warum die Opfer ihre Peiniger nicht verlassen. Die Frauen haben Angst, diskriminiert zu werden, sie sind auf die finanzielle Unterstützung ihrer Männer angewiesen und sie fühlen sich alleine nicht stark genug. Diese Gewalt hat viel mit Machtverhältnissen zu tun und der Angst der Frauen, «stigmatisiert» zu werden.

Gewalt gegen Frauen ist auch im Kambodscha der Nachkriegszeit weitverbreitet und kulturell verwurzelt. Gemäss einer UN-Studie von 2013 haben 25,3 Prozent der Kambodschanerinnen in ihrem Leben körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren und 20,4 Prozent der Männer Vergewaltigungen begangen.

Als ich anfing, die Ursachen für das ungleiche Kräfteverhältnis zwischen Frauen und Männern zu verstehen, hat mich das sehr motiviert, für die Geschlechtergleichstellung und die Ermächtigung der Frauen zu arbeiten. In einer von Gewalt und Krieg geprägten patriarchalen Gesellschaft für Frauenrechte zu kämpfen, ist ein Albtraum. Schwierig war auch, mit der Kritik meiner Kolleginnen und Kollegen umzugehen: Sie stellten die Idee der Gleichheit und Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Frage und meinten, ich sei westlich beeinflusst und wolle die wunderbare Kultur und Tradition Kambodschas ändern. Doch ihre Kritik motivierte mich nur noch

mehr. Ich bin überzeugt: Unsere Gesellschaft sollte mehr über Geschlechtergleichstellung wissen. Kambodscha kann sich nur weiterentwickeln, wenn Männer und Frauen gleiche Möglichkeiten und gleiche Unterstützung erhalten.

Wir haben die Frauennetzwerke gegründet, um die Koordination zwischen den Frauenorganisationen zu stärken. Unsere Schwestern im In- und Ausland sollen unsere Stimmen hören und unsere Anliegen teilen können. Unsere Ziele sind in der – 1992 von Kambodscha mitunterzeichneten – UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau festgehalten. Auf Ebene der Gemeinschaften spielen Frauengruppen in den Dörfern eine wichtige Rolle als Botschafterinnen von Politik und neuen Gesetzen. Machen sich Frauen gemeinsam für die Umsetzung der Gesetze stark, haben wir mehr Möglichkeiten, unsere Rechte auszuüben.



Sopheap Ros ist Mitgründerin und Direktorin der auf Genderthemen spezialisierten kambodschanischen Nichtregierungsorganisation Gender and Development for Cambodia (GADC). Davor war sie für ein Ministerium sowie internationale und nationale Entwicklungsagenturen und -programme in Kambodscha tätig. Seit langem setzt sie sich regional und international als Aktivistin, Organisatorin und Anwältin für die Geschlechtergleichstellung und die Ermächtigung der Frauen in Kambodscha ein.

Gewalt gegen Frauen ist aber nicht nur ein Frauenthema. Wir müssen uns mit den Männern verbünden, denn vor allem sie müssen sich aktiv für ein Ende der Gewalt gegen Frauen einsetzen. Deshalb wurde 2000 das kambodschanische Männernetzwerk gegründet. Die Gespräche unter Männern zeigen grosse Wirkung. Es gibt viele gute Beispiele, in denen Männer auf Gewalt verzichten und sich für ein gewaltfreies Familien- und Gemeinschaftsleben einsetzen. Diese Männer haben verstanden, dass ihnen ihre Vorbildfunktion Vorteile bringt, vor allem

Respekt und Wertschätzung, und sie von ihren Familien und Gemeinschaften wahre Liebe erfahren.

Kambodscha hat in den letzten zehn Jahren grosse Fortschritte im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt erzielt, doch noch immer bleibt viel zu tun. Entsprechende Gesetze und politische Richtlinien wurden zwar öffentlich verkündet, aber nicht umgesetzt. Polizei und Gerichte verharmlosen diese Gewalt und gehen auf als «nicht ernst» eingestufte Fälle oft gar nicht ein. Obwohl noch viele Hindernisse bestehen, glaube ich, dass eine koordinierte Frauenbewegung eine starke Waffe im Kampf gegen die Gewalt gegen Frauen ist, insbesondere gegen die häusliche Gewalt. ■

(Aus dem Englischen)



Rollendes Tribunal

Gesetze nützen nur, wenn sie auch durchgesetzt werden. In Pakistan ist dies oft nicht der Fall. In einer der gefährlichsten Provinzen geht die Regierung nun neue Wege: Ein grüner Bus bringt den Richter ins Dorf und ermöglicht zügige Entscheide in langjährigen Rechtshändeln. Erste Erfahrungen lassen hoffen.



Der mobile Gerichtsbus soll das Vertrauen in den Rechtsstaat, insbesondere auch in abgelegenen Stammesregionen, aufbauen.

(gn) Der in den Nationalfarben grün-weiß gestrichene Bus fällt auf. Nicht nur durch seine Grösse, sondern vor allem wegen seiner Mission: Im Innern beherbergt das Gefährt einen voll ausgerüsteten modernen Gerichtssaal, inklusive Lautsprecheranlage, Aufnahmegeräte und Aircondition. Speziell geschulte Richter vermitteln und urteilen hier in Zivilrechtsfällen sowie in kleineren Straf- und Jugendstrafrechts-Angelegenheiten.

Klientinnen und Klienten des mobilen Gerichts sind in erster Linie Menschen, die bisher kaum Zugang zur staatlichen Rechtsprechung hatten. Oft, weil sie sich die hohen Gebühren und den weiten Weg zum Gericht in der Stadt nicht leisten können. Der Gerichtsbus sorgte 2013 bei seiner Lancierung im ganzen Land und sogar international für Schlagzeilen. Nicht zuletzt, weil damit grosse Hoffnungen verbunden sind: Das mobile Gericht soll Bewegung ins träge Justizsystem Pakistans bringen und das Vertrauen in den Rechtsstaat bis in die abgelegenen Stammesregionen transportieren.

Schwache Justiz und Sicherheit

Gerichtsverfahren in Pakistan ziehen sich nicht selten über Jahre hinweg, weil der Justizapparat lang-

sam und ineffizient arbeitet. Dies ist Gift für eine Gesellschaft. Besonders negativ wirken sich die Schwächen des Rechtsstaats dort aus, wo er durch traditionelle Stammesstrukturen oder militante Gruppierungen Konkurrenz erhält, wie zum Beispiel in der gebirgigen Grenzregion Malakand im Nordwesten des Landes.

«Die Region leidet seit Jahren unter einem schwachen Justiz- und Sicherheitssektor», sagt Amna Khalid vom DEZA-Kooperationsbüro in Islamabad. Als militante Aufständische 2005 den Menschen mehr Sicherheit versprochen, habe die Bevölkerung deren Machtübernahme zuerst begrüsst. Schnell stellte sich aber heraus, so Khalid, dass die neuen Herrscher zwar schnelle Urteile fällten, diese aber oft drastisch und unfair waren.

Seit 2009 die Gebiete von Regierungstruppen zurückerobert wurden, bemüht sich der Staat nun darum, seine Präsenz in der Region besser zu verankern. Weit oben auf der Prioritätenliste steht dabei der Justizsektor. Mit Unterstützung der UNO-Entwicklungsorganisation UNDP lancierte die Regierung 2011 ein umfassendes Projekt, das sowohl auf die Stärkung des formellen Justiz-Sektors zielt und gleichzeitig die traditionellen Formen der



UNDP

Im voll ausgerüsteten Gerichtssaal im Innern des Busses vermitteln und urteilen speziell geschulte Richter für Menschen, die bisher kaum Zugang zur staatlichen Rechtssprechung hatten.

Mobile Gerichte

Gerichte auf Rädern liegen im Trend. Sie haben den Vorteil, dass sie in ländlichen Gebieten vor Ort Menschen dazu verhelfen, ihre Rechte vor Gericht durchzusetzen und damit gleichzeitig der Eskalation von Konflikten vorbeugen. Eine indische Studie kommt gar zum Schluss, dass mobile Rechtssprechung der kostengünstigste Weg sei, um den Grundsatz der Rechtsgleichheit umzusetzen. In Indien wurde 2007 erstmals ein Gerichtsbus eingesetzt, 2009 unterstützte das UNDP in Somalia den Puntland Supreme Court beim Aufbau von vier mobilen Gerichtseinheiten, die in den Dörfern Zivil- und Familienrecht sprechen. In der Demokratischen Republik Kongo verfolgen mobile Gerichte Vergewaltigungsdelikte. Der Schutz von Frauen steht auch im Zentrum eines Pilotprojekts in Uganda, wo mobile Gerichte Flüchtlingen zu ihrem Recht verhelfen sollen.

Rechtssprechung in den Stammesgebieten unterstützt. Die Lancierung des Gerichtsbusse ist Teil dieses Projekts, das die DEZA mit einem Beitrag von 3.5 Millionen Franken mitfinanziert.

Sofort verhandelt und abgeschlossen

«Mit dem mobilen Gericht wollen wir die Rechtssprechung an die Türschwelle der Menschen bringen», fasst Tanvir Malik vom UNDP die Zielsetzung des Projekts zusammen. Für die Bevölkerung ist dieser Service nicht nur kostenlos, sondern vor allem effizient: Fälle, die ans mobile Gericht gelangen, werden nicht monatelang liegen gelassen, sondern sofort verhandelt und abgeschlossen.

Dabei verfolgt man ein neues Konzept, das traditionelle Methoden der Mediation mit der formellen Rechtssprechung verbindet. «Richter und Anwälte werden erstmals vom Justizapparat der Provinz Khyber Pakhtunkhwa nicht nur zu Vermittlern zwischen den Parteien ausgebildet, sondern darüber hinaus dazu ermutigt, alle Möglichkeiten der Mediation auszuschöpfen, bevor ein Fall ans Gericht überwiesen wird», sagt Malik und betont: «Dies ist ein klarer Paradigmenwechsel im Rechtswesen – und eine Premiere für Pakistan.»

Für die Startphase erhielten acht Richter und 18 Anwälte ein spezielles Training im Bereich Konfliktlösung, damit sie künftig besser in der Lage sind, einfache Fälle – etwa bei Landrechtsfragen oder Gewalt in der Familie – rasch und in Zusammenarbeit mit den traditionellen Ältestenräten abzuwickeln.

Grosses Potenzial

«Die Gemeinschaft der Anwälte steht voll und ganz hinter dieser Initiative», schreibt Shams-ul-Haq, Präsident der Anwaltskammer von Peschawar und bekräftigt: «Als ‚Freunde des Gerichts‘ stehen wir in der Pflicht, die marginalisierten und verletzlichen Teile der Gesellschaft zu unterstützen.» Das Projekt wird auch von der Provinzregierung finanziell, und ideell mitgetragen, wie Amna Khalid betont: «Zu den wichtigsten Errungenschaften des Programms gehört, dass auch die 2013 neu gewählte Regierung ganz dahinter steht.»

Der Gerichtsbus findet aber auch in der Bevölkerung grossen Anklang: Wo immer er hinkommt, machen die Menschen vom Angebot regen Gebrauch. Noch beschränkt sich der Radius der mobilen Rechtssprechung auf die engere Umgebung der Provinzhauptstadt Peschawar. Einerseits, weil erst ein einziger Gerichtsbus in Betrieb genommen wurde, vor allem aber aus Sicherheitsgründen. Nach wie vor ist die Lage im Westen Pakistans äusserst prekär. Deshalb wird der Bus stets von einer bewaffneten Polizeieskorte begleitet.

Sobald sich die Situation betreffend Sicherheit aber weiter verbessert und merklich entspannt, dies der Plan der Projektverantwortlichen, sollen weitere Busse in Betrieb genommen und die mobile Gerichtssprechung auf die gesamte Provinz ausgedehnt werden. Wenn sich die Gerichte auf Rädern erst einmal freier bewegen können, stellt Tanvir Malik in Aussicht, werden sie ihr grosses Potenzial voll entfalten. ■

Einblick DEZA



Luke Duggleby/Reuters/afif

Grösseres Engagement für ärmste Länder

(jah) Am 30. April hat der Bundesrat beschlossen, die Internationale Entwicklungsorganisation IDA der Weltbank sowie den African Development Fund FAD mit zusätzlichen Mitteln in der Höhe von total 1.32 Milliarden Franken auszustatten. Ein Teil dieser Mittel wird für Entschuldungsmassnahmen eingesetzt. Die Schweiz ist langjährige Partnerin von IDA und FAD. Die Fonds gewähren Ländern mit tiefem Einkommen und eingeschränktem Kapitalmarktzugang Vorzugskredite, bieten technische Unterstützung, finanzielle Mittel für Entwicklungsprojekte und werden alle drei Jahre von den Mitgliedsstaaten alimentiert.

Wasser für Kranke

(bm) Wasser und Abwasser sind zwei entscheidende Faktoren für die Gesundheit. In der Region Dodoma in Zentraltansania unterstützt die DEZA ein Trinkwasserprojekt für rund hundert Krankenstationen. Es zielt darauf ab, die Risiken bei der Übertragung ansteckender Krankheiten und Infekte bei der Krankenpflege zu reduzieren. Das Projekt trägt zur Verbesserung der



Sven Torfinn/afif

sanitären Bedingungen der am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen bei, insbesondere von Frauen und Kindern. Die lokalen Gemeinschaften engagieren sich beim Betrieb der Wasserstellen und bei der Sensibilisierung für Hygiene und Gesundheitsförderung.

Projektdauer: 2014-2019
Volumen: 8.2 Millionen CHF

Schulen für Pakistan

(ung) 2010 wurde Pakistan von riesigen Überschwemmungen heimgesucht. Nachdem die Humanitäre Hilfe der Schweiz zunächst der Bevölkerung vor Ort Nothilfe leistete, wurde anschliessend mit dem Wiederaufbau von Schulen und Sanitäranlagen begonnen. Inzwischen besuchen fast 9000 Kinder im Swat-Tal wieder den Unterricht. Elf Primarschulen wurden völlig neu gebaut, dreissig weitere, die teilweise von den Fluten zerstört worden waren, saniert. Alle Gebäude wurden so konzipiert, dass sie künftigen Naturkatastrophen standhalten. Bis Mitte 2015 finanziert die DEZA in einer zweiten Projektphase den Bau von weiteren 17 Schulen.

Projektdauer: 2011-2015
Volumen: 4.8 Millionen CHF

Bürger gestalten Gemeinden

(zennt) Beim Wiederaufbauprozess in Bosnien und Herzegowina erweisen sich die Gemeinden als dynamischer und verantwortungsbewusster als andere Behördenebenen. In den selbstverwalteten lokalen Vereinigungen, den Mjesna Zejednica, die auf die Zeit Jugoslawiens zurückgehen, engagieren sich noch heute Bürgerinnen und



Martin Roemer/afif

Bürger für ihr Dorf oder ihr Quartier. Die Vereinigungen stellen die Verbindung zu den Gemeindeverwaltungen und höheren staatlichen Ebenen sicher, vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und nehmen Einfluss auf Verwaltung und Entwicklung ihrer Ortschaft. Die DEZA unterstützt die Mjesna Zejednica im ganzen Land zusammen mit der schwedischen Entwicklungsagentur Sida, um die Bürgerbeteiligung zu fördern und die Legitimität und das Verantwortungsbewusstsein der Gemeindeverwaltungen zu stärken.

Projektdauer: 2013-2022
Volumen: 8.05 Millionen CHF

Aktive Rolle bei UNO-Reformen

(jah) Die Schweiz spielt traditionell eine Schlüsselrolle bei der Verbesserung von Kohärenz und Wirksamkeit der Arbeit der Vereinten Nationen in der Entwicklungszusammenarbeit. Insbesondere nimmt sie eine Vermittlerrolle ein bei der alle vier Jahre von der UNO-Generalversammlung zu verabschiedenden Überprüfung der operativen Tätigkeiten des UNO-Systems. Der Text formuliert Empfehlungen für die 27 Programme, Fonds und UN-Sonderorganisationen aus dem Entwicklungsbereich. Die DEZA unterstützt die Umsetzung der im Beschluss vom Dezember 2012 verabschiedeten Massnahmen.

Dabei geht es insbesondere darum, die Koordination unter den Agenturen vor Ort zu verbessern, administrative Prozesse zu harmonisieren und die Transparenz der Finanzierung zu erhöhen.
Projektdauer: 2013-2016
Volumen: 4.5 Millionen CHF

Wasserspeicher für Nicaragua

(bm) Unter anderem wegen des Klimawandels sinkt die Niederschlagsmenge in Nicaragua stetig. Zur Unterstützung der vom Niederschlagsrückgang besonders betroffenen Kleinbauern fördert die DEZA den Bau von Regenwasserrückhaltebecken zur Bildung von Brauchwasser-, Tiertränke- und Bewässerungsreserven. Im «trockenen Korridor», einer Region



Ursula Messner/afif

mit langen Dürreperioden während der Sommermonate, sollten die Bauern dadurch statt nur einer, zwei Ernten im Jahr einfahren können. Lokal ansässige Handwerker werden rund tausend Wasserspeicher für über 1500 Familienbetriebe bauen. Das Projekt fördert die Schaffung von Arbeitsplätzen und das Einkommen in den am stärksten benachteiligten ländlichen Regionen. Ausserdem soll es sowohl die wirtschaftliche als auch gesundheitliche Situation zahlreicher Handwerker- und Bauernfamilien verbessern.

Projektdauer: 2014-2017
Volumen: 9.7 Millionen CHF

Katastrophen verbinden Völker

Katastrophenvorsorge spielt in der Entwicklungszusammenarbeit eine immer grössere Rolle. In der Schweiz wiederum ist kaum ein Kanton derart stark von Naturkatastrophen bedroht wie das Wallis. Dort erhielten Ende Mai rund 120 Vertreterinnen und Vertreter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) einen Einblick in das integrale Risikomanagement. Eine Reportage von Mirella Wepf.



Der Kantonsingenieur für Naturgefahren James Médico präsentiert das Walliser Lawinenschutzkonzept.

Katastrophenvorsorge rund um den Erdball

Bundespräsident Didier Burkhalter sieht den OSZE-Vorsitz 2014 als Chance, um die Thematik des Risikomanagements bei Naturkatastrophen auch auf globaler Ebene voranzubringen. Im März 2015 findet im japanischen Sendai die dritte Weltkonferenz für Katastrophenvorsorge statt, an welcher der globale Referenzrahmen erneuert wird. Parallel dazu läuft derzeit ein weiterer internationaler Prozess zu diesem Thema: Ende 2015 endet die Frist zur Erreichung der Millenniumsziele. Momentan erarbeitet die UNO die Entwicklungsagenda für die Zeit danach. Angesichts der grossen Bedeutung, die gutes Katastrophenrisikomanagement für eine nachhaltige Entwicklung haben kann, plädiert die Schweiz für dessen Integration in sämtliche Zielvorgaben, die damit verbunden sind.

Als die Reisecars losfahren, glitzert der Genfersee in der Morgensonne, die schneegepuderten Walliser Alpen zeigen sich von ihrer schönsten Seite. Die Passagiere jedoch – Teilnehmer eines OSZE-Treffens in Montreux – sind nicht auf der Suche nach der Postkartenschweiz. Passend zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa werden sie sich an diesem Tag mit den prekären Seiten der Berge auseinandersetzen. Es geht um Lawinen, Murgänge und Überschwemmungen, den Schutz von Transportrouten, Pipelines und anderen Infrastrukturen, die Sicherung von Trinkwasser und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit beim Betrieb des Tunnels Grosser St. Bernhard.

Prävention spart Kosten

«Die Schweiz hat für ihren diesjährigen OSZE-Vorsitz zehn Schwerpunkte gesetzt», sagt Thomas

Oertle, Mitglied der Task-Force für den OSZE-Vorsitz. «Dazu gehört der sichere Umgang mit Naturkatastrophen.» Dieses Thema sei von der OSZE bisher nur punktuell bearbeitet worden. Nun wird es im Rahmen von mehreren Treffen umfassend diskutiert. Dies unter anderem mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu stärken und den Akzent der politischen Planung stärker auf die Prävention statt bloss auf die reaktive Bewältigung von Katastrophen zu legen.

«Sämtliche Studien weisen darauf hin, dass bei guter Vorsorge unter dem Strich weniger Kosten entstehen», erklärt Thomas Oertle. «Die Finanzierung von Präventionsmassnahmen hat politisch jedoch oft einen schweren Stand.» Zahlen der UNO sprechen eine ähnliche Sprache: Nur 4 Prozent der rund 10 Milliarden Dollar, die weltweit für humanitäre Hilfe ausgegeben werden, fliessen in die

Prävention. Ferner geht man davon aus, dass jeder Dollar, der für Risikoreduktion ausgegeben wird, Katastrophenschäden von fünf bis zehn Dollar verhindert.

Bis Ende 2014 wird nun im Rahmen der OSZE ein Entscheid des Ministerrates zur Stärkung der Nationen gegenüber Naturkatastrophen verhandelt, der von den 57 Staaten per Konsens verabschiedet werden soll. Das Treffen in Montreux dient zur Vorbereitung dieses Entscheids. Die DEZA ist an diesem Prozess massgeblich beteiligt. Zudem hat sie – gemeinsam mit dem Bundesamt für Umwelt

einem starken Erdbeben zu rechnen hat. Entsprechend muss die Region sich rüsten. Spätestens als Melly aufzeigt, wie ein Schutzdamm das Dorf Gondo im Jahr 2000 nicht vor der Katastrophe schützte, sondern diese gar verstärkte, hat er die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich.

«Katastrophenschutz ist ein stetiger Lernprozess», bilanziert Melly nüchtern. Er betont, dass es zur Bewältigung dieser Herausforderung von grossem Nutzen sei, gemäss dem Subsidiaritätsprinzip die Verantwortung möglichst lokal zu verankern und auf kantonaler und nationaler Ebene gut zu koor-



Mirella Wiegli

Ein riesiger Damm schützt die Tunneleinfahrt des Grossen St. Bernhard vor Lawinen und Geröll.

(BAFU) und den kantonalen Behörden – die Feldbesuche im Wallis organisiert.

«Auch für nachhaltige Entwicklungsarbeit und die Humanitäre Hilfe ist ein verbessertes Management von Katastrophenrisiken zentral», sagt Manuel Bessler, Leiter des Direktionsbereichs Humanitäre Hilfe der DEZA. «In der OSZE sind unter anderem die wichtigsten Geberländer zusammengeschlossen.»

Starkes Erdbeben im Wallis

Bei einem Zwischenstopp in Fully zeigt Staatsrat Jacques Melly eine kurze Präsentation über die Herausforderungen in seinem Kanton. Eindrückliche Bilder und Filme machen innert weniger Minuten deutlich, dass das Wallis nicht nur oft mit Lawinen und Überschwemmungen zu kämpfen, sondern bis Ende dieses Jahrhunderts auch mit

dinieren. Ein Anliegen, das auch die Schweiz im Hinblick auf globale Abkommen zur Katastrophenvorsorge propagiert. BAFU-Vizedirektor Josef Hess präzisiert: «Erfolgreiches integrales Risikomanagement bedingt den Einbezug aller Stakeholder, insbesondere der lokalen Akteure. Zentralistische Strukturen sind dabei gegenüber föderalistischen eher im Nachteil.»

Wasser, Lawinen, Geschiebe

Nach dem Vortrag in Fully teilen sich die 120 Exkursionsteilnehmenden in zwei Gruppen auf. Eine reist in die sommerlich warme Rhoneebene und erhält in der Region Monthey Einblick ins Hochwassermanagement, in die dritte Rhonekorrektur, die Arbeit der Chemiewehr (in Monthey sind vier grosse Chemiefirmen ansässig) und in die Erdbebenvorsorge. Ein Beispiel ist das preisgekrönte

Integrales Management

Im internationalen Kontext ist oft von Disaster Risk Reduction (DRR) oder von Integrated Disaster Risk Management (IDRM) die Rede. In der Schweiz hat sich im Zusammenhang mit Naturkatastrophen der «Kreislauf des integralen Risikomanagements» etabliert, nach dessen Grundsätzen auch das Wallis operiert. Dieses integrale Risikomanagement geht von der Gleichwertigkeit aller Instrumente zum Schutz vor Naturgefahren aus. Massnahmen der Vorbeugung, der Intervention und der Wiederherstellung haben grundsätzlich den gleichen Stellenwert. Der Kreislauf wird ergänzt durch eine fortlaufende Risikobeurteilung und den Lernprozess bei der Analyse eingetretener Ereignisse.

Mehr dazu auf der Homepage der Nationalen Plattform Naturgefahren www.planat.ch.



Mirilla Weipf

Im Überwachungsraum des Tunnels interessiert die Besucher neben der Technik insbesondere auch die Organisationsform der Betreiber.

Prägende Rolle

Die DEZA und das Bundesamt für Umwelt nehmen – als Kompetenzzentren des Bundes zur Reduktion von Katastrophenrisiken – bei der Organisation des OSZE-Vorsitzes eine tragende Rolle ein. Die weltweite Stärkung des Katastrophen-Managements ist seit Jahren ein zentrales Ziel der DEZA – Umweltkatastrophen können die Entwicklung eines Landes weit zurückwerfen. Die DEZA integriert deshalb die Verminderung von Katastrophenrisiken in all ihre Tätigkeitsgebiete. Dabei orientiert sie sich am Hyogo-Aktionsplan, dem globalen Referenzrahmen für Katastrophenrisiko-Management. Im Bereich Prävention unterstützt sie etwa die Errichtung von Systemen zur Hochwasserüberwachung. Zudem bietet die Hilfe bei Katastrophen oft auch Gelegenheit, nachhaltige Veränderungen (erdbebensicheres Bauen etc.) einzuleiten.

Collège de l'Europe von Monthey. Das Schulhaus wurde 2011 renoviert und unter anderem mit kunstvoll gestaltetem Fachwerk aus Stahl erdbebensicher gemacht.

Die zweite Gruppe erlebt bei der Tunneleinfahrt des Grossen St. Bernhard eher winterliche Temperaturen. Auf dem Weg dahin machen zahlreiche Lawenverbauungen und Galerien deutlich, wie gross die Bedeutung dieser Transitstrecke für ganz Europa ist. Sie gehört zu den acht wichtigsten Routen für den Güterverkehr über die Alpen. Entsprechend gross ist der Aufwand, der für den Schutz der Strasse betrieben wird.

Ein imposanter Damm schützt die Tunneleinfahrt vor Lawinen und Gelschiebe. Er kann begangen werden und bietet einen guten Überblick über Wasserkraftwerk und Tunneleinfahrt auf der einen und Gletscher, Schnee und Geröll auf der anderen Seite. Ein kalter Wind pfeift den Besuchern um die Ohren, die Experten – ein Mitglied des Schweizerischen Korps für Humanitäre Hilfe, der Walliser Kantonsingenieur für Naturgefahren und ein Fachmann für Lawinen-Monitoring – müssen beinahe brüllen, um sich verständlich zu machen.

Ein Tunnel – zwei Länder

Kurz danach, in den Betriebsräumen des Tunnels, wird es etwas ruhiger und wärmer. Der Überwachungsraum stösst bei den Gästen auf grosses Interesse. Am meisten Fragen werden zur Organisationsstruktur der Tunnelbetreiber gestellt. Der Tun-

nel gehört zu gleichen Teilen der Schweiz und Italien. Beide verfügen je über eine Aktiengesellschaft, die gemeinsam wiederum die Verwaltungsgesellschaft Sisex SA betreiben.

Ein Mitglied der vierköpfigen Delegation aus Turkmenistan erzählt auf dem Rückweg zum Bus, dass es im Kopet-Dag-Gebirge Tunnelprojekte gebe, welche Turkmenistan mit dem Iran verbinden, von daher sei ein Einblick in die italienisch-schweizerische Kooperation für ihn spannend.

Auch der kirgisische Staatssekretär Talaibek Temraliev nutzt den Anlass für Fragen und zum Netzwerken. «Unser Land ist sehr gebirgig und derzeit sind mehrere neue Verbindungsstrassen in Planung, insofern sind das Treffen in Montreux und dieser Feldbesuch sehr nützlich für meine Arbeit.»

Auf dem Rückweg nach Montreux erwähnt Olga Algayerova, Vorsitzende des Wirtschafts- und Umweltkomitees der OSZE, eine weitere Chance, die der Schutz vor Naturkatastrophen in sich birgt: «Umwelt Ereignisse kennen keine Grenzen, daher haben Katastrophen etwas Völkerverbindendes.» Die Zusammenarbeit zwischen den OSZE-Ländern sei bekannterweise nicht völlig konfliktfrei, aber beim Thema Naturkatastrophen sei es einfacher, miteinander ins Gespräch zu kommen und Lösungen zu erarbeiten, als etwa in militärischen Fragen. «Länderübergreifende Kooperationen im Bereich Katastrophenrisiko-Management können Brücken bauen, die sich auch auf andere Verhandlungen positiv auswirken.» ■

Der Schleierkrautsturm

Der Wind säuselte durch die äusserste Stoffdecke und die Dachkranzdecke der Jurte. Die Hirtin hörte das Flattern inmitten flüsternder Stille. Auch der junge Hirte etwas weiter abseits hörte es. Wortlos fuhr er im Gatter mit dem Auskämmen der Ziegenwolle fort. Hellwach, wie bei einer Wette, verrichtete er die Arbeit mitten in der unersetzlichen Jahreszeit des Frühlings. Dabei wehte ein zäher Steppenwind, begleitet von einem Schleierkrautsturm, der auf seine ganz eigene Art der Umgebung seinen Stempel aufdrückte.

Das Mädchen stand auf einem Pfahl des Bretterzauns und schien in die Geheimnisse der Jahreszeit einzutauchen. Von oben herab war dieses rare Naturereignis schön und besser zu beobachten. Es machte die 7-Jährige ganz andächtig und irgendwie kam es ihr vor, als wäre sie auf dem Mond. Sie beobachtete, wie die vom Wind durch das verbleichte und matte Steppental vor sich hergetriebenen Schleierkräuter fluchten.

Überall rollte und kullerte kleines bis grosses Schleierkraut herum, so auch bei der Jurte. Das Kraut wirbelte beim Frühlingslager nur so auf, machte sich gross und breit, wirkte aber angesichts der prächtig sich ausbreitenden Landschaft dennoch winzig aber elegant. Die kleineren Büschel trotteten verzagt und leidvoll weiter. Die meisten schienen von ihrem Körpergewicht enttäuscht zu sein. Manche blieben an Sträuchern hängen, viele landeten in gebärmutterähnlichen Senken und Schluchten. Dort sahen sie aus wie staubiger Schaum und zwangen, zusammengerottet in grosser Zahl, genau wie die «Grosse Versammlung» (so wird das Mongolische Parlament genannt), die Menschen zu Umwegen – ein undurchdringbares Hindernis auf Zeit.

Mal war das Mädchen mit andächtigen Augen dabei, sich in den überwältigenden Geheimnissen der Natur zu verlieren. Dann wieder plapperte sie ihrem Bruder die

Ohren über ihre Eindrücke voll, bis dieser zu ihr sagte: «Du hast deine Arbeit gut erledigt, willst du nicht lieber reingehen?» Sie jedoch blieb stehen, als hätte sie nichts gehört, schien einzig dem unerklärlichen, merkwürdigen ‚Klang‘ zuzuhören. Gleichzeitig sahen ihre Augen den arbeitenden Bruder und sie dachte: «Haben deine Augen, Ohren und deine Haut überhaupt Poren wie andere Menschen?» Ihr schien, als wären seine grösseren und kleinsten Löcher durch den von den Hufen der Herden aufgewirbelten Staub verstopft und er deshalb nichts anderes wahrnahm als seine Arbeit. Trotzdem liebte er es, mit dem Mädchen zu scherzen und war ein lebensfroher Mensch.

Im Steppental der verwehten Schleierkräuter ritt der alte Hirte von der Schafherde zurück nach Hause. Sein Weg kreuzte denjenigen des Hirtenmädchens, das getrockneten Dung zum Heizen sammelte. Einmal mehr trug er ein verspätet geborenes Lamm oder Zicklein mit, packte es aus, schüttelte besorgt den Kopf und sagte: «Auf dem Weideplatz hat es gebärende Mutterschafe und am Himmel lauern grosse Vögel. Die Arbeit drängt!» Wie ein galoppierendes Musikstück sauste derweil der alles bleichende und aufpeitschende Wind. Genau dort, wo die launische Jahreszeit ihr Unwesen trieb, lebten einige wenige Menschen und ganz viel Vieh. Doch die Natur war nicht nur heimtückisch zu Mensch und Vieh, auch der Sonne nahm sie die Wärme. Doch ob Mensch, Vieh oder Sonne – alle waren und sind sie auf das wunderschöne Leben der Natur angewiesen.



Gangaamaa Purevdorj Delgerinkhen lebt in Erdenet, der zweitgrössten Stadt der Mongolei. Sie kam 1967, als zehntes von zwölf Kindern einer Viehhüterfamilie, in einer Klinik in Saikhan sum zur Welt und verbrachte die ersten acht Jahre ihres Lebens als Noma-denmädchen in der elterlichen Jurte. Nach ihrer Schulzeit studierte sie an der Technischen Universität Dresden Politikwissenschaft und Deutsch und später an der Universität Regensburg Vergleichende Kulturwissenschaft. Sie hat verschiedene Bücher geschrieben, hält Vorträge und Lesungen. Zuletzt ist auf Deutsch ihr Prosaband «Der gute Dieb» (Edition Regensburg, 2013) erschienen.

Nachdem die Ziege ausgekämmt war, zitterte sie, schüttelte ihren Kopf, lief ein-, zweimal hin und her, streckte ihren Körper und meckerte leise, geradeso als schien sie zu sagen: «Ich hätte sterben können, so anstrengend und mühsam war das!» Und dies alles für die heissgeliebte, teure Kaschmirwolle, die anschliessend in alle Welt exportiert wird. ■



Die Symbolkraft von Timbuktu

Der Angriff islamistischer Gruppen auf das Unesco-Weltkulturerbe in Timbuktu löste weltweit Empörung aus. Mit internationaler Hilfe soll nun Zerstörtes wieder aufgebaut und das wertvolle Kulturerbe für die Zukunft gesichert werden. Ein wichtiger Schritt, nicht zuletzt auch für den Friedensprozess in Mali. Von Gabriela Neuhaus.



Der Friedhof der drei Heiligen in Timbuktu nach dessen Zerstörung durch islamistische Extremisten im März 2012.

Gross war der Schock, den die Meldungen über die Zerstörung alter islamischer Mausoleen und Manuskripte in Timbuktu auslösten. Dass ausgerechnet diese Nachrichten die internationale Berichterstattung über den Krieg in Mali 2012 und 2013 dominierten, dürfte kein Zufall sein: Der klangvolle Name Timbuktu nährt seit Generationen Träume und Sehnsüchte. Obschon oder gerade weil die Stadt weit weg, sozusagen «am Ende der Welt» liegt, wie in vielen Überlieferungen kolportiert wird.

Stadt der 333 Heiligen

Timbuktu, die legendenumwobene Wüstenstadt am Südrand der Sahara, war zu Zeiten der grossen Salzkarawanen ein florierendes Handelszentrum. Als Höhepunkt ihrer wechselvollen Vergangenheit gilt heute die Epoche vom 14. bis ins 16.

Jahrhundert. Damals avancierte die dank ihrer regen Handelsbeziehungen weltoffene Stadt zum Zentrum islamischer Wissenschaften und Philosophie, was ihr Attribute wie «Perle der Wüste» oder «Stadt der 333 Heiligen» eintrug. Bis heute zehrt Timbuktu von seinem damaligen Ruf als gleichermassen wohlhabende wie tolerante Stadt. Wichtige Zeugen aus dieser Zeit sind der historische Stadtkern sowie eine Reihe von Moscheen und Mausoleen, deren Bilder als Visitenkarten Timbuktus um die Welt gingen. Dies nicht zuletzt, weil drei der historischen Moscheen sowie 16 Friedhöfe und Mausoleen aus dem Mittelalter seit 1988 zum Welterbe der Unesco zählen. Von grosser Bedeutung für die Kulturgeschichte Nordafrikas sind aber auch Tausende von historischen Manuskripten, die



in zahlreichen meist privaten Bibliotheken Timbuktus von Generation zu Generation weitergegeben wurden.

Gezielte Zerstörung

Ende März 2012 besetzten islamistische Extremisten die Stadt mit Waffengewalt, zerstörten während ihrer zehnmonatigen Besetzung gezielt Gräber von islamischen Wissenschaftlern und Würdenträgern und steckten unter anderem die staatliche Ahmed Baba-Bibliothek in Brand. Ein Grossteil der wert-

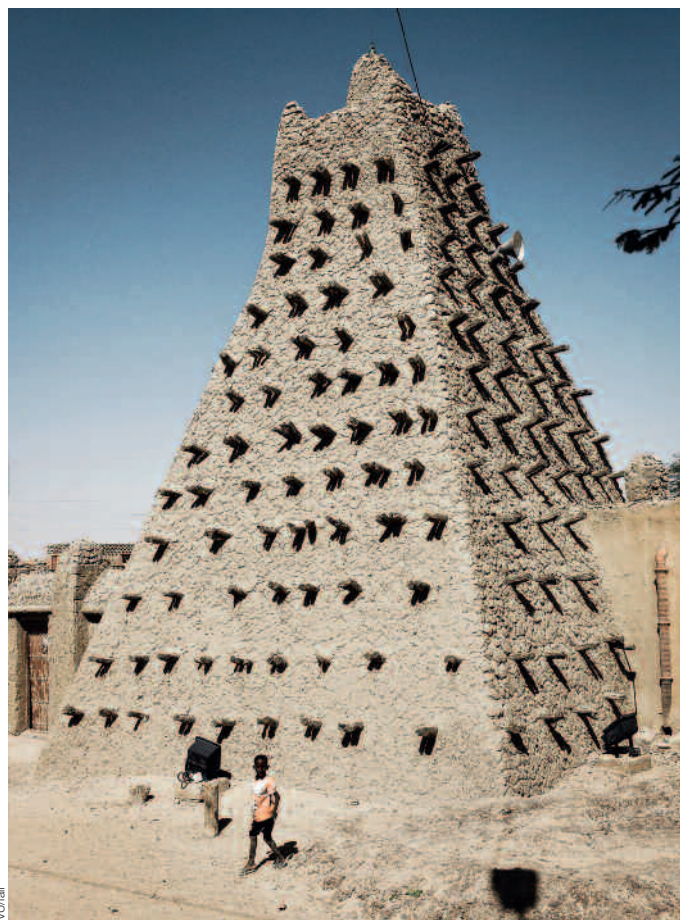
vollen Manuskripte konnte allerdings gerettet werden, weil sie zuvor aus Timbuktu geschmuggelt und nach Bamako in Sicherheit gebracht worden sind. Ein Grossteil der historischen Friedhöfe und Mausoleen jedoch wurde in Trümmer gelegt, die zum Welterbe gehörenden drei Moscheen sind stark beschädigt. Schaden genommen haben auch die gesamte Altstadt sowie die Museen von Timbuktu. Bereits im Juni 2012, kurz nach den ersten Schreckens-

meldungen aus dem Kriegsgebiet, richtete die Unesco einen Sonderfonds ein, um die malische Regierung beim Wiederaufbau der zerstörten Kulturdenkmäler zu unterstützen. Mittlerweile wurde ein umfassendes Projekt lanciert, das von der Schweiz und gut einem Dutzend anderer Länder

270 000 Manuskripte aus Timbuktu in Bamako eingelagert. Angesichts des dort herrschenden feuchten Klimas müssen die Schriften dringend restauriert und konserviert werden. Eine Herkulesaufgabe, der sich das Kulturministerium in Zusammenarbeit mit der Unesco und der malischen

für die politische Stabilisierung und den Friedensprozess in Mali von zentraler Bedeutung. Insbesondere wegen ihrer grossen symbolischen und identitätsstiftenden Kraft, die weit über Mali hinausstrahlt, wie Unesco-Generaldirektorin Irina Bokova anlässlich der Grundsteinlegung für den

Wiederaufbau betonte: Die Wiederherstellung des Weltkulturerbes in Timbuktu sei nicht nur für die malische Bevölkerung wichtig, sondern für die ganze Menschheit. ■



Während die Sankoré Moschee bereits wieder restauriert wurde, wird die Wiederherstellung und sichere Konservierung der jahrhundertealten Schriften und Manuskripte noch Jahre in Anspruch nehmen.

mitfinanziert wird. Im März 2014 erfolgte die Grundsteinlegung für den Wiederaufbau der zwei ersten Mausoleen. Ausgeführt werden die Arbeiten an den traditionellen Lehm-bauten von ausgebildeten einheimischen Maurern – die Federführung des Projekts liegt bei der Unesco.

Wiederaufbau und Sicherung

Ein besonderes Augenmerk der internationalen Geber gilt der Rettung der alten Schriftdokumente: Aktuell sind geschätzte

Nichtregierungsorganisation SAVAMA-DCI angenommen haben. Letztere spielte bereits bei der ersten Rettung der wertvollen Manuskripte eine wichtige Rolle. Künftig soll zudem das kulturelle Erbe Timbuktus besser vor Plünderungen und illegalem Kunsthandel geschützt werden. Bei dieser Aufgabe bringt die Schweiz, im Rahmen des Unesco-Projekts, zusätzliches Know-how ein. Der Wiederaufbau und die Sicherung der alten Schätze in Timbuktu sind

Identitätsstiftendes Engagement

Mali ist seit 1977 ein Schwerpunktland der DEZA. Eine Schweizer Delegation besuchte im Mai 2013 auch Timbuktu, um sich ein Bild von der Zerstörung zu machen und mögliche Wiederaufbaumassnahmen abzuklären. «Der Eindruck war überwältigend», erinnert sich Hansjürg Ambühl, Leiter der Abteilung Westafrika bei der DEZA und Mitglied der Delegation. «Wir gingen von Ruine zu Ruine und konnten kaum fassen, was wir sahen.» Schnell sei klar gewesen, dass die internationale Gemeinschaft den Wiederaufbau dieser Kulturgüter unterstützen müsse und sich die Schweiz daran beteiligen wolle. Der Beitrag von 1.05 Millionen Franken für die erste Phase von 2014-2015 des Unesco-Projekts ist ein wichtiger Mosaikstein des DEZA-Engagements im Norden Malis. Dieser habe eine starke symbolische Bedeutung, unterstreicht Hansjürg Ambühl: «Die historischen Schriften und Bauten sind für Mali und insbesondere für die Bevölkerung im Norden identitätsstiftend. Ihr Wiederaufbau soll nicht zuletzt Anreize schaffen, dass Bewohnerinnen und Bewohner, die im Krieg geflohen sind, wieder nach Timbuktu zurückkehren.»

Service



Jobs in der internationalen Zusammenarbeit

(bf) Laufbahn gestalten – Personal finden – Trends kennen. Beim alle zwei Jahre stattfindenden Forum Cinfo dreht sich alles um die internationale Zusammenarbeit. Die Messe zu «Arbeiten in der internationalen Zusammenarbeit» ist die ideale Plattform für Information und Networking. Sie beleuchtet aktuelle Trends für individuelle Laufbahnen sowie für die Personalentwicklung in Organisationen und Unternehmen. Die Schwerpunkte des Programms liegen dieses Jahr auf Gesundheitsmanagement sowie auf Diversity und Social Media Recruitment. Gleichzeitig stellen an der Messe multilaterale Organisationen Arbeitsmöglichkeiten vor und stehen für individuelle Treffen zur Verfügung.

Forum Cinfo, 31. Oktober (9.30-15.45 Uhr) im Stade de Suisse, Bern; www.cinfo.ch

Musik

Hautnah betörend

(er) Da ist eine helle, klare Stimme, ein bisschen herb, jedoch stets authentisch und hautnah. Sie gehört Leyla McCalla. Die Tochter haitianischer Einwanderer entdeckte in New York als Neunjährige das Cellospiel, studierte später Kammermusik und brach schliesslich in den Süden nach New Orleans auf. Als Strassenmusikerin und zeitweiliges Mitglied der renommierten Stringband «Carolina Chocolate Drops» (Grammy 2011) fühlt sie sich hier nahe ihrer haitianischen Wurzeln. Die 28-jährige Sänge-

rin zupft nun die Saiten ihres Cellos perkussiv und bluesig, mit Anklängen an die kreolisch inspirierte Cajun-Musik wie sie in den frankophilen US-Südstaaten zu hören ist. Virtuos greift sie zudem in die Saiten des Banjos und der Gitarre. Begleitet von diesen Instrumenten – manchmal ist noch ein Bass oder eine Fidel zu hören – vertonte sie Poems des bedeutenden afro-amerikanischen Dichters Langston Hughes (1902-1967) und spielte zudem auf ihrem wunderbaren Debütalbum haitianische Traditionals ein. Die 14 Tracks sind betörend in ihrer schlichten Kargheit und ausdrucksstark in ihrer faszinierenden Unaufgeregtheit.

Leyla McCalla: «Vari-Colored Songs» (Dixiefrog/Disques Office)

Wundervoll natürlich

(er) Die weltweit bejubelten Auftritte liessen ihre Liebe zur

Heimat Kamerun nicht verblasen. Hier wuchs sie zusammen mit sechs Geschwistern in bescheidenen Verhältnissen auf, wurde in der Béti-Kultur erzogen, studierte Biochemie und startete dann ihre Karriere als Sängerin. Zu recht, wie das dritte Album von Kareyce Fotso bestätigt. Zu hören ist eine kraftvoll warme und pränant reife Stimme mit leicht rauem Timbre. Dazu kommen einige wenige Instrumente wie die von der 32-jährigen gespielte Sanza (Daumenklavier) oder Gitarren und Perkussion. Sie formen subtil mit ruhigen Akkorden, wie-



derkehrenden Rhythmusmustern und zusammen mit feinen Chorstimmen harmonische und luftige Klanglandschaften, in denen der aussergewöhnliche Gesang seine Intensität voll entfalten kann. Engagiert greift die Sängerin mit dem leicht klagenden Akzent ihrer Muttersprache Bandjoun und auf Englisch oder Französisch ernste Themen des afrikanischen Alltags auf und beschwört den Glauben an die eigenen Träume – wundervoll natürlich und chansonesk, soulig und bluesig à l'africaine!

Kareyce Fotso: «Mokte» (Contre Jour/Disques Office)

Kleines Land, grosse Ideen

(bf) Erdöl stellt für den kleinen Andenstaat Ecuador das wichtigste Exportgut dar, weit wichtiger noch als der hierzulande bekannte Kakao, die Rosen oder die Bananen. Es hat dem Land aber auch schon viele Umwelt- und Gesundheitsprobleme sowie Konflikte mit der indigenen

Bevölkerung des Regenwaldes beschert. Die ecuadorianische Regierung hängt völlig von den Erdöleinnahmen ab. Sie hat jedoch 2007 den waghalsigen Vorschlag gemacht, das Erdöl im Yasuni-Nationalpark unter der Erde zu belassen, unter der Bedingung, dass der ecuadorianische Staat die Hälfte der entgangenen Erträge von der internationalen Gemeinschaft zurückbekommt. Der Film «Ecuador» thematisiert die – letztlich erfolglose – Suche von Ecuadors Präsident Rafael Correa und anderer nach einer neuen Entwicklungsform für Länder wie Ecuador: Diesen Frühling nämlich ist seine Klimaschutz-Initiative gescheitert, Ecuador genehmigt die Ölförderung im bislang unberührten Nationalpark.

«Ecuador» von Jacques Sarasin, Ecuador 2012; DVD in Spanisch, Untertitel Deutsch, Französisch, Englisch; Bestellung: www.trigon-film.org oder Tel 056 430 12 30

Taxi Sister

(dg) Lediglich 15 Frauen arbeiten in der Taxibranche in Senegals Hauptstadt Dakar. Eine davon ist Boury, die sich in einer männerdominierten Arbeitswelt zu behaupten weiss. Sie will arbeiten, um unabhängig zu sein und den Lebensunterhalt für sich und ihre Familie selbständig verdienen zu können. Der Dokumentarfilm «Taxi Sister» begleitet Boury durch die Strassen Dakars und dokumentiert ihren Arbeitsalltag, in welchem sie als Frau immer wieder mit traditionellen Vorstellungen und machohaften Vorurteilen gegenüber Frauen kämpfen



muss. Ihr grosser Traum ist die Gründung eines eigenen Taxi-Unternehmens. Der feinfühlig Film, der nebst der Genderthematik die Frage nach der freien Berufswahl ins Zentrum stellt, besticht durch seine einfachen Stilmittel und durch seine Nähe zu den Porträtierten.

«*Taxi Sister*» von *Theresa Traore Dahlberg, Schweden/Senegal 2011, ausschliesslich online über Video on Demand VOD (Streaming oder zeitlich beschränkter Download) erhältlich. Information und Beratung: education21/Filme für eine Welt, Tel. 031 321 00 30, www.filmecinewelt.ch*

Berührende Lebensgeschichte

(bf) Die Kindheit der fünfjährigen Raami endet jäh, als die Roten Khmer 1975 in Kambojscha die Macht übernehmen und sämtliche Bewohner aus der Hauptstadt Phnom Penh vertreiben. Für das Mädchen und seine Familie beginnt, genau wie für Hunderttausende andere, eine jahrelange Flucht vor den neuen, massenmordenden Machthabern: Während der folgenden vierjährigen Schreckensherrschaft kommen schätzungsweise 1,7 bis 2,2 Millionen Menschen um. Jahrzehnte später, als erwachsene Frau, kehrt Raami, die eigentlich Vaddey Ratner heisst und mittlerweile in den USA lebt, in ihre alte Heimat zurück, lebt, recherchiert und schreibt dort ihre ei-

gene Lebensgeschichte nieder. Ratners berührender Debütroman «Im Schatten des Banyanbaums», geschrieben aus der Perspektive eines fantasiebegabten Mädchens, ist mittlerweile ein internationaler Bestseller. Es ist eine Geschichte über Beharrlichkeit, Hoffnung und den unwiderstehlichen Wunsch zu leben.

«*Im Schatten des Banyanbaums*» von *Vaddey Ratner, Unionsverlag 2014*

Andauernde Revolution

(bf) Wohl keine andere Stadt versinnbildlicht den Arabischen Frühling so stark wie die ägyptische Hauptstadt Kairo. Das Fotobuch «Kairo. Offene Stadt» beleuchtet die Rolle der Bilder innerhalb der fortdauernden ägyptischen Revolution – vom Beginn der ersten Demonstrationen auf dem mittlerweile weltberühmten Tahrir-Platz bis heute. Es sind Aufnahmen von Fotojournalisten, Mitschnitte der Aktivisten und «Bürgerjournalisten» bis hin zu Dokumenten, die Kunstschaffende gesammelt haben: Da stehen



Gabriela Neuhaus (gn) Jane-Lise Schneeberger (jls) Mirella Wepf (mw) Ernst Rieben (er) Luca Beti (italienische Version)

Gestaltung
Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie und Druck
Vogt-Schild Druck AG, Derendingen

Wiedergabe
Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht

Abonnemente und Adressänderungen
«Eine Welt» ist gratis (nur in der Schweiz) erhältlich bei: EDA, Informationsdienst, Bundeshaus West, 3003 Bern

Zeitungsschlagzeilen neben Bildstreifen im Blog, Bilder von Märtyrern neben langfristigen Dokumentarprojekten. Essays von jüngeren Autoren und Autorinnen aus Kairo (in Arabisch, Englisch und Deutsch) ergänzen die eindrückliche Fotodokumentation.

«*Cairo. Open City/Kairo. Offene Stadt*», Hg. *Florian Ebner und Constanze Wicke, Spector Books Leipzig 2014*

Gross und Klein mit Gemeinsamkeiten

(bf) So unterschiedlich die Mongolei und die Schweiz auf den ersten Blick auch sind, sie haben durchaus Parallelen: Unter anderem prächtige Naturlandschaften sowie die Wertschätzung für Tradition und Kultur. Weitere Gemeinsamkeiten der beiden Länder präsentiert das Naturhistorische Museum Bern in seiner Ausstellung «Die Mongolei und die Schweiz in Bildern», welche im Rahmen eines Doppeljubiläums durchgeführt wird: Einerseits bestehen seit 50 Jahren diplomatische Beziehungen zwischen der Schweiz und der Mongolei. Andererseits ist die DEZA dort seit 10 Jahren engagiert.

«*Die Mongolei und die Schweiz in Bildern*», *Fotoausstellung im Museumsgarten des Naturhistorischen Museums Bern, 18.9. bis 25.10., www.nmbe.ch*
Informationen zum Jubiläumsjahr unter www.deza.admin.ch

E-Mail: deza@eda.admin.ch
Tel. 058 462 44 12
Fax 058 464 90 47
Internet: www.deza.admin.ch

860215346

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Gesamtauflage: 51 200

Umschlag: Dürre in Kenya, Flut in Bangladesch; Grossmann/laif, Jean-Michel Turpin/Le Figaro Magazine/laif

ISSN 1661-1667

Fernsucht



Ein kleines Lämpchen

Didier Ruef gehört zu den renommiertesten Schweizer Fotografen. Unter anderem hat er weltweit mehr als 20 Jahre lang das Thema Abfall mit der Kamera verfolgt. Sein poetisch-erschreckendes Buch «Recycle» hat für Aufsehen gesorgt.

Meine erste grosse Reise habe ich vor mehr als 30 Jahren als Teenager unternommen und bin ganz klassisch mit Interrail nach Skandinavien gereist. Ich habe seit jeher das Bedürfnis, die Welt kennenzulernen und zu verstehen. Aus diesem Grund habe ich Ökonomie studiert und schliesslich mein Hobby zum Beruf gemacht. Meine Reportagen haben mich in über 70 Länder geführt. Es sind grosse, teils auch schwere Themen, die mich faszinieren und antreiben: Ökologie, Armut, das menschliche Zusammenleben. Aktuell arbeite ich an einer Dokumentation über Wasser. Ob ich mit meinen Bildern politisch etwas bewege, weiss ich nicht. Ich hoffe einfach, dass sie wie ein kleines Lämpchen wirken und wichtige Dinge ans Licht bringen. Auch auf privaten Reisen ist die Kamera immer dabei. Aber dann bin ich knipsender Familienvater, auf der Suche nach Vergnügen, nicht auf Recherche.

(Aufgezeichnet von Mirella Wepf)

Impressum
«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee
Martin Dahinden (verantwortlich)
Catherine Vuffray (Gesamtkoordination)
Marie-Noëlle Bossel, Beat Felber, Sarah Jaquière, Pierre Maurer, Christina Stucky, Özgür Ünal

Redaktion
Beat Felber (bf – Produktion)

«Bis wir einen Strich unter den Klimawandel ziehen und behaupten können, das Problem sei gelöst, dauert es noch lange.»

Christiana Figueres, Seite 12

«Ich esse weniger, damit am Ende des Monats Geld für meine Mutter übrig bleibt.»

Cheang Tida, Seite 22

«Genau dort, wo die launische Jahreszeit ihr Unwesen trieb, lebten einige wenige Menschen und ganz viel Vieh.»

Gangaamaa Purevdorj Delkeriinkhen, Seite 31
